

Alles Krise oder was? (Kritische Anmerkungen zur linken Entsorgung der Mehrwerttheorie)

Wir leben in einem Zeitalter, indem die überflüssige Information überhand nimmt und die notwendigen Gedanken ausbleiben. (Joseph Joubert, französischer Philosoph, 1754-1824!!)

Die linke Publizistik hat fast nur noch ein Thema und das heißt „Krise“. So viel und solange Krise war noch nie, angeblich seit den 1970iger Jahren. Nahezu alle sozialen Phänomene des Kapitalismus werden als Krisenphänomene dargestellt und kritisiert. Das gipfelt dann z.B. in der Parole „*Der Kapitalismus ist die Krise*“.

Schaut man sich das auf und ab der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab und die widersprüchlichen Erscheinungen in verschiedenen Ländern an, dann muss diese Sicht der Dinge eher verwundern. Manchen Autoren bereitet es jedoch keinerlei Probleme selbst das gigantische ökonomische Wachstum in China als Ausdruck der Krise des Kapitals zu interpretieren, weil jedes kapitalistische Wachstum ja nur noch „auf Pump“ zu bewerkstelligen sei.

Die folgenden Thesen wurden nicht geschrieben, um die Tiefe der aktuellen Krise und die Schärfe der Widersprüche, die durch diese Krise behoben werden müssen, herunter zu spielen. (Siehe dazu meinen Artikel „Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation stellt die Systemfrage“) Sie sollen lediglich dazu dienen, sich – unter Rückgriff auf die marxsche Mehrwerttheorie - ein **realistisches Bild von den Möglichkeiten weiterer kapitalistischer Entwicklung und sozialer Emanzipation** zu machen.

Ich werde mich mit folgenden Themen und Fragestellungen beschäftigen:

- Von welcher Krise oder von welchen Krisen reden wir eigentlich?
- Ist das Phänomen der kreditvermittelten Kapitalexpansion neu und kann man in diesem Zusammenhang von einem bloß scheinbaren Wachstum sprechen?
- Was sind die Gegentendenzen gegen den Fall der Profitraten oder auch den vermeintlichen „Substanzverlust“ von Mehrwertproduktion?
- Was heißt überhaupt Mehrwertproduktion? Ist das nur Produktion von mehr Wert?
- Was steckt hinter der „Umverteilung von unten nach oben“ und kann die verlangte „Umverteilung von oben nach unten“ die Verwertungsprobleme des Kapitals beheben und für Wachstum sorgen?
- Welche Bedeutung hat der Klassenkampf für die ökonomische Entwicklung?

Was mir am meisten aufgefallen ist in aktuellen theoretischen Abhandlungen über „die Krise“: Es gibt kaum Beiträge, die sich mit der Produktion des Mehrwerts und dem Wert der Ware Arbeitskraft beschäftigen. Alles dreht sich um Finanzkapital und Kredit, um Zinsbelastung der „Realökonomie“ und ungenügende Geldeinkommen. Jedes Wachstum des Kapitals scheint nur noch abhängig von der Ausdehnung des Marktes. Der Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit wird zwar beklagt, scheint aber stabil, unveränderlich und ökonomisch bedeutungslos zu sein.

I. Über Wachstum und Krise des Kapitals

Wachstum des Kapitals, die Erweiterung seiner Reproduktion, verlangt immer zweierlei:

- Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit
- Ausdehnung des Marktes

Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeit lässt das Mehrprodukt der gesellschaftlichen Arbeit wachsen. Ausdehnung des Marktes verwandelt dieses Mehrprodukt in realisierten Mehrwert des Kapitals.

Jede Krise des Kapitals beginnt damit, dass der Markt sich nicht mehr genügend ausdehnen lässt, um das produzierte Mehrprodukt als Mehrwert zu realisieren. Waren werden unverkäuflich oder müssen zu Preisen verkauft werden, die die kapitalistischen Unternehmen in die roten Zahlen treiben. Firmen machen Pleite, LohnarbeiterInnen werden arbeitslos.

Jede Krise des Kapitals ist Ausgangspunkt für erneutes Wachstum. In und durch die Krise geschaffene Voraussetzungen für dieses Wachstum sind zunächst und vor allem:

- Verkleinerung des Kapitals, sei es durch Reduzierung seines Wertes, also durch allgemeinen Preisverfall, sei es durch komplette Vernichtung einzelner kapitalistischer Unternehmen
- Korrektur des Verhältnisses der notwendigen Arbeit zur unbezahlten Mehrarbeit zugunsten letzterer (die Zeit, die die LohnarbeiterInnen für die eigene Reproduktion arbeiten, für die sie also ein Äquivalent erhalten, wird verkürzt und die Zeit, die sie ohne Äquivalent für das Kapitals arbeiten wird verlängert)

Erst wenn beides in ausreichendem Umfang geleistet ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals nach beiden Seiten (Produktion und Realisierung von Mehrwert) optimiert wurden, also die Zahl der Einzelkapitale vermindert, der Exploitationsgrad der Lohnarbeit erhöht und die Preise der Waren auf ein niedriges Niveau abgesenkt sind, kann es erneut zu steigender Produktion und - wegen der gesunkenen Preise (nicht wegen in der Krise gewachsener Einkommen!) - zu einer Ausdehnung des Marktes und damit zunehmender Realisierung von Mehrwert bei erhöhter Profitabilität kommen.

Der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft aus einer Krise heraus beginnt immer auf der Basis gesunkener Einkommen (Löhne und Profite)! Wer meint, kapitalistische Wachstum setze gestiegene Einkommen voraus und könne nur auf der Basis gesteigener Einkommen entstehen, der hat nicht verstanden, was die Krise des Kapitals ist und was sie bewirkt. Steigende Lohn- und Profiteinkommen sind nicht Voraussetzung sondern Produkt des kapitalistischen Wachstums!

In der gesellschaftlichen Praxis können die hier skizzierten Abläufe auf verschiedene Weise durch den Klassenkampf, das mehr oder weniger bewusste Handeln des Staates, der einzelnen Unternehmen und ihrer Verbände, der LohnarbeiterInnen und ihrer Organisationen beeinflusst werden. Alle möglichen Modifikationen ändern aber nichts an dem ökonomischen Sachzwang dieser Abläufe, solange eben kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren.

- Alle Versuche von Seiten der Sachwalter des Kapitals, notwendige Entwertung und Vernichtung von Kapital zu vermeiden, führen zu einer anhaltenden, sich aufbauenden Überakkumulation von Kapital und bereiten damit letztlich noch schärfere Krisen vor.
- Alle Versuche von Seiten der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen, die notwendige Erhöhung des Ausbeutungsgrades ihrer Arbeitskraft zu vermeiden, würden im Erfolgsfall das für neuen Aufschwung und Wachstum des Kapitals notwendige Ansteigen der Profitrate verhindern.

Beides ist aus ökonomischen Gründen zum Scheitern verurteilt, bestimmt aber trotzdem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den Krisen der letzten Jahrzehnte und bleibt nicht ohne Wirkung.

II. Strategien zur Vermeidung der unvermeidlichen Kapitalentwertung und -vernichtung und ihre Resultate

Die Verwertungsprobleme des überakkumulierten Kapitals können umso weniger durch den ökonomischen Mechanismus der Krise (Entwertung und Vernichtung überakkumulierten Kapitals, Vergrößerung der industriellen Reservearmee) behoben werden, als die „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Staaten) bemüht sind, eine Klassensolidarität der Besitzer von Kapital herzustellen, indem sie aus Steuermitteln finanzierte Solidaritätsfonds bereitstellen, die die ökonomisch notwendige Entwertung und Vernichtung von Kapital verhindern sollen. Diese Klassensolidarität der Kapitalbesitzer wird zum einen hergestellt um den Preis gigantischer Staatsverschuldung, die die heute schon maßlosen Ansprüche des zinstragenden Kapitals auf künftig zu produzierenden Mehrwert weiter erhöht. Sie wird zum anderen hergestellt durch Maßnahmen zur Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit, im sogenannten „Klassenkampf von oben“. Ohne diesen „Klassenkampf von oben“ wäre in der Tat jeder Versuch, den durch wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals produzierten Fall der Profitraten zu stoppen und umzukehren, aussichtslos und würde die Kapitalakkumulation gänzlich zum Stillstand kommen. Dieser unausweichliche „Klassenkampf von oben“ zerstört allmählich oder abrupt die Grundlagen eines „sozialen Friedens“, der in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich auf sozialen Zugeständnissen des Kapitals an die LohnarbeiterInnen beruht.

Seit der Krise in den 1970iger Jahren wird die gesellschaftliche Entwicklung in den hochentwickelten Ländern wesentlich geprägt durch diesen „Klassenkampf von oben“, den die herrschenden Klassen unter Parolen wie „Deregulation“, „Flexibilisierung“, etc. mit einigem Erfolg geführt haben (siehe USA, England oder Deutschland). Hinter der sogenannten „Umverteilung von unten nach oben“ verbirgt sich vor allem eins: die von der ökonomischen Entwicklung geforderte Erhöhung des Exploitationsgrads der Lohnarbeit .

Die Strategie zur Vermeidung gigantischer Entwertungsprozesse des überakkumulierten Kapitals wurde und wird ergänzt durch wirkungsvolle Maßnahmen zur „Entwertung der Ware Arbeitskraft“. Von Einzelkapitalen wie von den verschiedenen nationalstaatlich organisierten Gesamtkapitalen werden den LohnarbeiterInnen weltweit Verhältnisse aufgezwungen, unter denen sie weniger für die eigene Reproduktion und mehr unbezahlt für das Kapital arbeiten müssen. **Alle Maßnahmen zur Reduzierung von Kosten, die direkt oder indirekt für die Reproduktion von Ware Arbeitskraft ausgegeben werden, bewirken ökonomisch vor allem eins: Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeit. Sie erhöhen also den Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit und sind wesentliche Instrumente, um dem Fall der Profitrate entgegen zu wirken.**

III. Krise – welche Krise?

„In den Weltmarktkrisen bringen es die Widersprüche und Gegensätze der bürgerlichen Produktion zum Eklat.“ (Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 500)

Nicht zu unterscheiden zwischen dem „Eklat“ und den Widersprüchen und Gegensätzen der bürgerlichen Produktion, die in den Krisen ihre gewaltsamen Ausgleichung finden, scheint heute allgemeiner Konsens linker Kapitalismuskritik zu sein. Überall herrscht „Krise“ und das schon seit langem.

Beispiele:

In der Wildcat 87 wird auf ein von Robert Brenner 2009 geschriebenes Buch verwiesen:

*„Hierin fasst Brenner die kapitalistische Krisenentwicklung seit 1973 als **eine Krise**.“ (S. 56)*

In der „Sozialismus“ 6/2010 schreibt jetzt auch Joachim Bischoff:

*„Die Mitte 2007 ausgebrochene 'Große Krise' hatte ihren Ausgangspunkt im Immobilien und Hypothekenbereich. **Unterliegend hatte sich über Jahre eine strukturelle***

Überakkumulationskrise aufgebaut. “ (S.23)

Schon 1986 schrieb Robert Kurz in seinem Artikel „Die Krise des Tauschwertes“:

*„Die neue und finale Krise des Kapitalismus unterscheidet sich grundsätzlich von allen früheren Krisen ... **Die neue Krise ist keine vorübergehende Überakkumulations- bzw. Überproduktionskrise mehr, sondern eine Krise der Wertschöpfung selbst, aus der es für das Kapital keinen Ausweg mehr gibt.**“ (Marxistische Kritik“ Nr.1, S. 35)*

Diese „finale Krise“ habe in den 1970iger Jahren begonnen. Die konkreten Auswege, die das Kapital in den letzten Jahrzehnten aus den konkreten Krisen gefunden hat, werden per Definition als Auswege ausgeschlossen.

Beispiele für ein solches Verständnis der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ließen sich nahezu beliebig fortsetzen.

Je nach theoretischer Ausrichtung wird die „lange Krise“ entweder in einer sinkenden Profitrate und/oder in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ verortet.

Nicht nur was die Länge der Krise anbetrifft hat sich mittlerweile quer durch verschiedenste theoretische Richtungen ein Konsens herausgebildet, es ist geradezu ein Wettkampf entbrannt, wer die meisten Krisen aufzählen kann. In der bereits erwähnten Ausgabe der „Sozialismus“ berichtet J. Bischoff neben der seit Jahren andauernden „Überakkumulationskrise“ etwa von der „Schulden-, Griechenland- und Eurokrise“, der Krise in der Automobil- und Stahlindustrie, der Krise von Geldkapital und Kredit. Ferner stecke der Euro in einer „Vertrauenskrise“ usw.

Winfried Wolf schrieb ein Buch über „7 Krisen – ein Crash“.

„Winfried Wolf ortet sieben Krisen, die sich zu einer großen historischen Krise bündeln und in einen kapitalen Crash münden.

*Im Zentrum stehen für Wolf die **Krise der materiellen Produktion (1)** und die **Krise in den zwei Schlüsselindustrien, der Automobil- und der IT-Branche (2)**. Die soziale Krise (3) mit der extrem ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung beschleunigte schließlich die **Finanzkrise (4)**, die mit der de facto-Pleite des gesamten weltweiten Finanzsektors eine neue Dimension in der Geschichte des Kapitalismus darstellt. Die **“Hegemonie-Krise” - oder auch die Dollar-Krise (5)** – erinnert an vorausgegangene historische Krisen, die beispielsweise zur Ablösung der niederländischen Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem Mitte des 18. Jahrhunderts bzw. der britischen zu Anfang des 20. Jahrhunderts führten. Die Globalisierung der letzten zwei Jahrzehnte trug des weiteren maßgeblich dazu bei, dass wir zugleich ein immer weiteres Auseinanderklaffen zwischen der nördlichen und der südlichen Erdhälfte beobachten, die durch eine **Hungerkrise (6)** manifest wird. Schließlich – nicht zuletzt und noch nie da gewesen – ist die **Umwelt- und Klimakrise (7)**: Die Endlichkeit der spezifischen, stofflichen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise ist erstmals in der Geschichte menschlicher Produktion ein maßgeblicher – und möglicherweise entscheidender – Krisenfaktor.“*

<http://www.mediashop.at/typolight/index.php/buecher/items/wolf-winfried-sieben-krisen-ein-crash>

In solchen Zusammenstellungen wird deutlich, dass es wohl doch eher um die „Krise der Gesellschaft“ als um die Krise des Kapitals geht. Wachstum des Kapitals und sich ausbreitende „Hungerkrise“ sind beispielsweise keinesfalls sich ausschließende Gegensätze und die „Umwelt und Klimakrise“ ist umso stärker ausgeprägt, je stürmischer das Kapital wächst.

Wenn es aber darum geht, den „Kapitalismus“ als Krise der Gesellschaft anzuklagen, dann muss man feststellen, dass die menschliche Gesellschaft schon viel länger in einer Krise steckt und Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus nur jeweils vorübergehende Etappen dieser „Krise“ waren. Wir hätten es dann weniger mit einer historischen Abfolge bestimmter

Produktionsverhältnisse zu tun, als mit einer Abfolge verschiedener Formen der Krise der menschlichen Gesellschaft.

Wenn ich mich in Anbetracht solcher Zusammenstellungen gegen einen allzu „inflationär“ verwendeten Krisenbegriff wende, dann geht es mir nicht um Wortklauberei, um Ausschließlichkeitsanspruch eines eingeschränkten Krisenbegriffs, sondern um ein angemessenes Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung. Wenn die Verwertung von Kapital durch Produktion und Realisierung von Mehrwert das offensichtlich bestimmende Momente für die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitalismus ist, dann sollte man sich Klarheit darüber verschaffen, was erfolgreiche Kapitalverwertung, also ökonomisches Wachstum, auszeichnet, und worin die Krise der Kapitalverwertung besteht. Alle sozialen Missstände im Kapitalismus als einen Ausdruck einer allgemeinen, langandauernden „Krise“ zu beschreiben drückt weniger Verständnis als Hoffnung auf Ausweglosigkeit des Kapitals aus.

Was die ökonomische Krise des Kapitals anbetrifft, sah Marx das eher nüchtern:

„Wenn Kauf und Verkauf sich nicht gegeneinander festsetzen und daher nicht gewaltsam ausgeglichen werden müssen existiert keine Krise.“ (MEW Bd. 26.2, S. 512)

Überproduktion und Überakkumulation sind nicht die Krise, aber sie führen zur Krise. Der tendenzielle Fall der Profitrate ist nicht die Krise des Kapitals, aber er muss in Krisen gestoppt, aufgehalten und umgedreht werden, wenn die Akkumulation nicht gänzlich erlahmen soll. Krise bedeutet, dass Waren zu gegebenen Preisen unverkäuflich sind, dass Schulden nicht bezahlt werden können usw., also dass das produktive Kapital keinen Profit, das zinstragende Kapital keine Zinsen realisieren kann und, weil das so ist, Kapital nicht wächst sondern schrumpft. Das jedenfalls ist Krise des Kapitals. Mit dieser Betrachtung hat man einen einigermaßen verlässlichen Maßstab, um feststellen zu können, ob sich ein Einzelkapital, bestimmte Branchen oder das gesellschaftliche Gesamtkapital in einer Krise befinden.

Dass die 2007 einsetzende Weltmarktkrise des Kapitals nicht ausgestanden ist, wird vor allem darin deutlich, dass die Produktion noch längst nicht wieder das Niveau des Standes zu Beginn dieser Krise erreicht hat. Stützungsmaßnahmen für die Banken und diverse Konjunkturprogramme haben es aber vermocht, vorerst den ungebremsten, spontanen Verlauf der Krise zu stoppen. Man kann gegenwärtig nicht davon sprechen, dass Kauf und Verkauf sich gegeneinander festgesetzt haben und „gewaltsam ausgeglichen“ werden. Der Preis, der dafür zunächst bezahlt wurde, ist eine gigantische Staatsverschuldung, die nun ihrerseits eine Lösung verlangt. Aber auch Staatsbankrotte sind vorerst durch weitere Verschuldung verhindert worden.

Betrachtet man die ökonomische Entwicklung seit den 1970iger Jahren aus diesem Blickwinkel, dann findet man reichlich empirische Bestätigung (Entwicklung des BIP der kapitalistischen Länder) dafür, dass wir es nicht mit „einer Krise“ zu tun haben, sondern mit einer Abfolge konjunktureller Zyklen, dem Wechsel zwischen Aufschwung und Krisen, bei nachlassenden Wachstumsraten des Kapitals und sich verschärfenden Widersprüchen. Auf den Einwand, die Phasen des Aufschwungs seien bloß noch „Defizitkonjunkturen“, Wachstum „auf Pump“ und hätten als solche nichts mehr mit einem sogenannten „klassischen Konjunkturzyklus“ zu tun, gehe ich gleich noch genauer ein, weil dem ein schon recht merkwürdiger Kapitalbegriff zugrunde liegt. Hier nur soviel:

Tatsächlich waren die zunehmende private und „öffentliche Verschuldung“, also die Staatsverschuldung, wesentliche Hebel, um die jeweilige Krise des Kapitals abzumildern, einschneidendere Entwertungsprozesse zu vermeiden und Voraussetzungen für einen neuerlichen Konjunkturaufschwung zu schaffen. Diese Art der Verschuldung ist jedoch keineswegs eine Besonderheit des Kapitalismus seit den 1970iger Jahren, sondern eine allgemeine Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Die allgemeine Verschuldung, die

Ausdehnung und Aufblähung des Kreditwesens ist ein Mittel, den „Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung“ zu lösen, um ihn auf erweiterter Stufenleiter verschärft zu reproduzieren!!

Was die „Widersprüche und Gegensätze der bürgerlichen Produktionsweise“ anbetrifft, die zum „Eklat“ drängen, so gibt es aus meiner Sicht bis heute keine bessere Zusammenfassung, als die, die Marx in seiner Darstellung vom tendenziellen Fall der Profitrate geliefert hat. Besonders zu erwähnen diesem Zusammenhang der Abschnitt „Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung“ (MEW Bd. 25, S. 257 ff)

„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat. Ihr spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet. Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte.

Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses.“ (ebenda S.259)

Überproduktion von Waren und Kapital in allen seinen Formen, Überakkumulation von Kapital, drücken diese Tendenz des Kapitals aus, die Produktivkräfte absolut zu entwickeln, abgesehen von Erhaltung des vorhandenen Kapitalwerts und seiner Verwertung. Diese Tendenz kommt in jedem Konjunkturaufschwung zum Ausdruck und endet notwendig im Eklat der Krise, schlägt um in Entwertung und Vernichtung von Kapital oder von Waren und Geld, die als Kapital fungieren sollen. Krise bedeutet vor allem, dass der Umsatz von Ware in Geld nicht mehr funktioniert! Das Kapital ist weder – wie uns die Bürgerlichen immer gerne weismachen wollen – ständiges Wachstum, noch ist es ständige Krise („Die Krise heißt Kapitalismus“), wie es sich jetzt in linken Kreisen festzusetzen scheint.

IV. Wachstum „auf Pump“ – der ganze normale Kapitalismus

Jede konkrete Krise „...kann nur aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit, dargestellt werden“ (MEW Bd. 26.2, S. 513)

Seit dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 2007 ist mittlerweile soviel über Kredit, Kreditgeldschöpfung etc. geschrieben worden, wie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr.

Ich selbst habe auch eine Menge gelernt und lerne ständig dazu. Lese parallel zu aktuellen Artikeln - wie immer - in „Kapital“ Bd. 1-3, den „Theorien über den Mehrwert“ und den „Grundrissen“.

Obwohl man viel lernen kann, aus dem was passiert und was darüber geschrieben wird, dürfen sich „ChefökonomInnen“ wie Angela Merkel immer noch vor die laufende Kamera stellen und verkünden: „Wir können nur das ausgeben, was wir einnehmen!“

Das ist ebenso dumm, wie interessiert. Die Botschaft wird verkündet, um die LohnarbeiterInnen auf die sozialen Schweinereien vorzubereiten, die folgen werden. Es handelt sich um eine unglaubliche Vulgarisierung „ökonomischen Sachverstands“. Würde das zur Handlungsmaxime des Kapitals,

würde überhaupt kein kapitalistisches Wachstum mehr möglich sein und wäre nie Wirklichkeit geworden!

Nebenher bemerkt:

*„Das System des öffentlichen Kredits, d.h. der Staatsschulden, dessen Ursprünge wir in Genua und Venedig schon im Mittelalter entdecken, nahm Besitz von ganz Europa während der Manufakturperiode. Das Kolonialsystem mit seinem Seehandel und seinen Handelskriegen diente ihm als Treibhaus. So setzte es sich zuerst in Holland fest. **Die Staatsschuld, d.h. die Veräußerung des Staats - ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch - drückt der kapitalistischen Ära ihren Stempel auf. Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - ihre Staatsschuld. Daher ganz konsequent die moderne Doktrin, daß ein Volk um so reicher wird, je tiefer es sich verschuldet. Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitals.**“ (MEW 23, S. 782)*

Diese Zeilen schrieb Marx übrigens im Kontext seiner Abhandlung über die „ursprüngliche Akkumulation“!! Lang ist es her und man könnte meinen, die Krise des Kapitals dauert schon länger.

Die Sachwalter des Kapitals haben zwar ein Interesse an der Verdummung des Volkes, aber sie können sich nicht darauf beschränken, wenn sie handlungsfähig bleiben wollen.

Ackermanns Einsichten zur Geldschöpfung

*"Die Krise legt offen, dass die Rolle des Geldes und der Geschäftsbanken in den volkswirtschaftlichen Theorien und insbesondere auch in den Geldtheorien unterbelichtet ist. Einiges Licht in dieses Dunkel hat - schon im Jahre 1977 - Josef Ackermann gebracht, der heutige Chef der deutschen Bank: In seiner Dissertation "Der Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen - eine theoretische Analyse" zeigt er scharfsichtig die Mängel der überkommenen geldtheoretischen Ansätze auf ... Aus dieser Kritik entwickelt er, zusammen mit seinem Doktorvater, dem Schweizer Ökonomen Hans Christoph Binswanger, einen eigenen Ansatz, der die Zeitdimension des Zahlungsprozesses explizit einbezieht. Daraus ergibt sich eine Erkenntnis, die Ackermann selbst als "von größter Tragweite für die ökonomische" Theorie einschätzt: **Dass nämlich die volkswirtschaftlichen Ersparnisse einer Periode nie ausreichen, um die für ein gleichgewichtiges Wachstum notwendigen Investitionen zu finanzieren. Und dass deshalb die Geschäftsbanken die benötigte Finanzierung durch Kreditvergabe und Giralgeldschöpfung bereitstellen müssen.** ... Ackermanns akademischer Lehrer Binswanger, ..., hat diese Einsicht in seinem 2006 erschienenen Werk "Die Wachstumsspirale" wesentlich vertieft und erweitert. **Sehr kurz dargestellt, zeigt er auf, dass sich aus den Institutionen einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft, dem Vorhandensein von Unternehmen, ein Zwang zum Wirtschaftswachstum ergibt. Denn anders als natürliche Personen müssen Unternehmen das eingesetzte Kapital bei Strafe des Untergangs vermehren, um das Kapital der Eigen- und Fremdkapitalgeber zu verzinsen. Dieses zusätzlich zu erwirtschaftende Geld kann aber in jeder Periode nur dadurch entstehen, dass die Unternehmer zusätzlich investieren - und dass die Geschäftsbanken, wie schon von Ackermann aufgezeigt, die dazu benötigten Kredite gewähren und Giralgeld schaffen. Da auch diese Kredite verzinst werden müssen, sind weitere Investitionen unumgänglich - es kommt zu einer Wachstumsspirale. Ackermann und Binswanger zeigen, dass sich das Wirtschaftswachstum in einer Marktwirtschaft nicht durch exogene Faktoren wie "technischen Fortschritt" oder Ähnliches ergibt, sondern aus dem institutionellen Aufbau und den Zahlungsprozessen selbst - und dass damit zwingend permanente Geldschöpfung durch das Bankensystem einhergehen muss. ..."***

Utopie kreativ, Juni 2007, S. 571-571

Man könnte also sagen, dass es für kapitalistisches Wachstum grundsätzlich nötig ist, mehr auszugeben als „wir“ verdienen.

Was Leute wie Ackermann oder Binswanger nicht sehen ist, dass es sich beim „technischen Fortschritt“ um einen endogenen Faktor der Kapitalverwertung handelt – es ist gerade Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, zwischen technischem Arbeitsprozess und Verwertungsprozess, der die Dynamik des Kapitals auszeichnet und prägt -, der nur zu haben ist, um den Preis erhöhter „Kapitalintensität“ und damit einhergehender sinkender „Kapitalrentabilität“. Sinkende „Kapitalrentabilität“ bedroht aber das Wachstum, das nötig ist, um all die gewachsenen Ansprüche auf Teilhabe am Mehrwert – vor allem des zinstragenden Kapitals - zu befriedigen. Je größer die Diskrepanz wird zwischen Rate des Wachstums (Produktion von Waren und Dienstleistungen des produktiven Kapitals) und der Rate, in der die „permanente Schöpfung“ von Geld als Kapital zunimmt, desto bedrohlicher wird die Situation und desto näher rückt die erforderliche Entwertung dieses Geldes!

Ackermann und Binswanger benennen **eine** nötige Voraussetzung für Wachstum des Kapitals. Worin dieses Wachstum selbst besteht und was seine anderen Voraussetzungen sind, verstehen sie nicht! Und darum können sie auch die Schranken für solches Wachstum und die „permanente Geldschöpfung“ nicht erkennen.

Durch manche linke Kapitalismuskritiken geistern jedoch ähnliche Vorstellungen, wie die der Frau Merkel. Da wird so getan, als hätte es mindestens historisch mal einen Kapitalismus gegeben, in dem nur ausgegeben wurde, was vorher eingenommen wurde. Ein Beispiel:

In seinem Artikel „Krisenmythos Griechenland“

(<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32551/1.html>) konfrontiert uns Tomasz Koniecz, nachdem er seitenlang die angeblich neue Qualität von „Defizitkonjunkturen“ vorgestellt hat, mit folgender „Preisfrage“:

*„Die Preisfrage lautet nun: Wieso kann sich das kapitalistische Wirtschaftssystem ohne Verschuldung **nicht mehr** reproduzieren.... Der Kapitalismus scheint **nur noch** „auf Pump“ zu funktionieren ...“ (S. 18)*

Da werden gleich 2 Mythen ganz selbstverständlich zur Ausgangsannahme gemacht:

1. Es muss irgendwann mal eine „kapitalistische Wirtschaft“ gegeben haben, die sich ohne Verschuldung reproduzierte. Das muss ein Kapitalismus gewesen sein, indem es noch keine Banken und keinen Kredit gab. Eine Zeit, in der die kapitalistischen Unternehmen jeder Zeit über genug Bares für das laufende Geschäft verfügten und ihre Gewinne mühsam aufsparten, bis sie zu neuer Investition in der Lage waren. (Nur ausgegeben, was eingenommen wurde.) Die „Preisfrage“ lautet hier, wann und wo denn dieser merkwürdige Kapitalismus bestanden hat. Leider beantwortet der Autor diese Frage nicht. Sein Mythos gilt ihm als zu selbstverständlich.
2. Wenn der Kapitalismus heute nur noch auf Pump funktioniert, dann setzt das voraus, dass das Kapital gar keine Gewinne mehr einfährt und sich für laufendes Geschäft und Investitionen alles Geld pumpen muss (null Eigenkapitalquote). Die „Preisfrage“ lautet hier, was es denn mit dem tatsächlich realisierten Mehrwert, den Profiten auf sich hat. Sind sie etwa deshalb nur „fiktiv“, weil Produktion und Verkauf der Waren durch Kreditaufnahme realisiert wurde? Spielt die tatsächliche geleistete Arbeit und unbezahlte Mehrarbeit, die sich in den tatsächlich produzierten und verkauften Waren vergegenständlicht hat, keine Rolle mehr? Die Millionen und Abermillionen von Arbeitsstunden, die weltweit geleistet werden und einen weiterhin wachsenden Warenberg zurücklassen, kapitalistisch betrachtet, für die Katz? Nun, wer die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die „finale Krise“ des Kapitalismus zu Ende gedacht hat, der sieht natürlich überall nur noch Automaten werkeln.

Mit dem wirklichen Kapital hat so etwas aber nun wirklich nichts zu tun. Alle Konjunkturen des Kapitals, nämlich die mehr oder weniger große Erweiterung seiner Reproduktion, waren „Defizitkonjunkturen“, gingen also mit einer Ausdehnung des Kreditwesens einher. Ohne Ausdehnung des Kredits, der Produktion auf „Pump“, kein Wachstum des Kapitals.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Der „Gründerboom“ in Deutschland nach dem Krieg mit Frankreich 1870/71 (siehe Anlage)
- Die „goldenen zwanziger Jahre“ nach dem ersten Weltkrieg (besonders in den USA finanziert mit kurzfristigen Krediten; siehe Anlage)
- Last but not Least das „Wirtschaftswunder“ in Deutschland und der gesamte Nachkriegsboom des Kapitals. (Welche Rolle dabei die für damalige Verhältnisse gigantische Verschuldung des amerikanischen Staates seit Kriegseintritt 1941 spielte, wäre eine besondere Betrachtung wert.)

Es bleibt nicht bei diesen beiden Mythen, ein Mythos wird vielmehr an den nächsten gereiht. Die Einzigartigkeit und neue Qualität heutiger Krisen wird in Abgrenzung zur „klassischen, zyklischen Krise“ (derselbe Thomas Koniecz in „Kein Boden in Sicht“ - <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30119/1.html>) behauptet.

Wann hat es denn diese angeblich „klassischen, zyklischen Krisen“ gegeben, die ohne „Defizitkonjunkturen“ zustande kamen? Eine Geschichte kapitalistischer Krisen müsste zweifellos beginnen mit der ersten Weltwirtschaftskrise 1857, die bereits ihren Ausgang vom Bankensektor in den USA nahm (siehe Anlage).

1. Bereits in den 1870er Jahren folgte die nächste große Weltwirtschaftskrise mit anschließender kurzer Depression. Der Ausbruch dieser Krise war vom Ablauf her der aktuellen Krise übrigens bereits sehr ähnlich.
2. Danach blieben rund 30 Jahre für die Herausbildung der angeblich „klassischen, zyklischen Krise“, dann kam der 1. Weltkrieg und die Zeit der „Klassik“ war fürs erste vollständig vorbei.
3. Nach dem 1. Weltkrieg gab es die kurze Blüte der 20er Jahre, die ihr jähes Ende schon 1929 fand. War das, was jetzt folgte, eine „klassische, zyklische Krise“? Man muss schon ganz schön mutig sein, um das zu behaupten.
4. Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg hatten die Voraussetzungen geschaffen für eine neue Blütezeit des Kapitals. Das Wachstum des Kapitals, das mit dem „Koreaboom“ einsetzte war auch beispiellos. Mindestens die 1950er Jahre lassen sich kennzeichnen als Rekonstruktion des während Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg zerstörten Weltmarktes. Kaum eine Zeit für die Herausbildung einer Klassik zyklischer Krisen.
5. Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre zerplatzten erneut alle Blütenträume stetigen kapitalistischen Wachstums. Im Kontext der Theorie von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ gehört diese Krise jedenfalls schon nicht mehr zur Klassik, sondern markiert den Beginn der „finalen Krise“.

Das Kapital hatte in seiner Geschichte allenfalls 2 längere Phasen Zeit, um so etwas wie „klassische, zyklische Krisen“ herauszubilden. Die Zeit vom Ende der 1870er Jahre bis zum 1. Weltkrieg und die Zeit von der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre bis heute. Da das Kapital Ende des 20igsten Jahrhunderts jedenfalls viel entwickelter und reifer war, als das Kapital gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, spricht jedenfalls einiges dafür, dass eine Klassik zyklischer Krisen sich allenfalls seit der Krise Mitte der 1970er Jahre herausgebildet hat. Die Entwicklung des BIP der entwickelten kapitalistischen Ländern, sowie Verläufe der Krisen und ihre Resultate sprechen dafür. Schaut man sich ferner an, was Marx über den tendenziellen Fall der Profitrate geschrieben hat und wie er in diesem Zusammenhang Wirkungsweise und Bedeutung der Krisen eingeordnet hat, dann kann man für die Zeit von der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre bis heute wahrhaft von einer Periode sprechen, in der sich die von Marx entdeckten

allgemeinen Entwicklungsgesetze kapitalistischer Ökonomie in bisher nie gekannter Reinheit bemerkbar machten, inklusive „progressive Produktion einer industriellen Reserverarmee.“

V. Schranken der kreditvermittelten Kapitalexpansion

Die von Marx hinterlassenden Bruchstücke einer Kredittheorie sind immer noch interessanter und lehrreicher als das meiste, was heute so zusammengeschrieben wird. Schon zu seinen Lebzeiten konnte er feststellen, dass **der Kapitalismus auf einem Produktionssystem beruht, „wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht“** (MEW Bd. 25, S. 507) , ohne „Pump“ also nicht viel passiert. Marx schreibt aber auch:

„Die Antizipation kommender Früchte der Arbeit ist (also) keineswegs eine Folge von Staatsschulden etc., kurz keine Erfindung des Kreditystems. Sie hat ihre Wurzel in der spezifischen Verwertungsweise, Umschlagsweise, Reproduktionsweise des capital fixe.“ Grundrisse, S. 619

Wie Marx in den „Grundrissen“ (Abschnitte über den Zirkulationsprozess des Kapitals) nachvollziehbar entwickelt, ist der Vorgriff auf künftige Reichumsproduktion, also Verschuldung schon das Produkt der spezifischen Reproduktion des fixen Kapitals. Bei Investition in fixes Kapital wird eine bestimmte Summe auf einen Schlag fällig. Der Wert dieses Kapitals kann aber nur schreibchenweise auf die Waren, die mit seiner Hilfe produziert werden, übertragen werden. Ein Rückfluss des angelegten Geldes auf einen Schlag ist nicht möglich und niemand kann mit Sicherheit im voraus sagen, ob die Investition (Anlage in Gebäuden und Maschinen) sich jemals rechnen wird.

Der Kredit ist nur die für das Kapital typische Form der „Antizipation kommender Früchte der Arbeit“ und zugleich wesentliches Instrument der Erweiterung seine Reproduktion (Reproduktion des fixen Kapitals aber auch Ausdehnung, Beschleunigung der Zirkulation des Kapitals insgesamt). Der Kredit ist damit zugleich Motor für die Produktion des „ideellen Geldes“, der Loslösung von der Geldware.

„Soweit das Geld in seiner unmittelbaren Form selbst Wert hat, nicht nur der Wert anderer Waren ist, Symbol ihres Wertessondern selbst Wert hat, selbst vergegenständlichte Arbeit in einem bestimmten Gebrauchswert ist, ist das Geld soweit entfernt die Zirkulation des Kapitals zu beschleunigen, dass es sie vielmehr aufhält....

Das Geld in seiner unmittelbaren Form, wie es einer dem Kapital vorhergehenden historischen Stufe der Produktion angehört, erscheint ihm daher als Zirkulationskost und das Bestreben des Kapitals geht daher dahin, es sich adäquat umzugestalten; es daher zu machen zu keinem Arbeitszeit kostenden nicht selbst Wertvollen, Repräsentanten eines Momentes der Zirkulation. Das Kapital ist daher darauf gerichtet es in seiner überlieferten, unmittelbaren Realität aufzuheben, und es in ein nur vom Kapital Gesetztes und ebenso Aufgehobenes, rein Ideelles zu verwandeln....Aufhebung des Geldes in seiner unmittelbaren Form erscheint als Forderung der zum Moment der Kapitalzirkulation gewordenen Geldzirkulation; weil in seiner unmittelbar vorausgesetzten Form es Schranke der Zirkulation des Kapitals ist.“ Grundrisse, S.562, 563

Alle Diskussion über die Notwendigkeit einer Geldware im Kapitalismus hätte sich zuallererst mit den hier angesprochenen Zusammenhängen auseinander zu setzen. Dies um so mehr, als die Geschichte des Kapitalismus diese „Forderung des Kapitals“ weitgehend erfüllt hat, spätestens mit der Aufhebung des Bindung des Geldes an die Geldware Gold.

Im Gegensatz zur Produktion der Geldware ist vor allem die Schöpfung von Geld mittels Kredit eine Geldschöpfung „aus dem nichts“. Die Banken benötigen nur ein vergleichsweise geringes Eigenkapital zur Absicherung ihrer ausgegebenen Kredite.

Die historische und logische Entwicklung hin zum „ideellen Geld“ senkt zweifellos die „Zirkulationskost“ und trägt zur Beschleunigung und Ausdehnung der Zirkulation - also des Marktes - bei. Es handelt sich um notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen kapitalistischen Wachstums und der ganze Prozess bewegt sich in dem Widerspruch zwischen mangelnder und überschießender Liquidität. Die Ablösung des Geldes von der Geldware beschwört die Gefahr der inflationären Geldentwertung herauf. Mit der Ausdehnung des Kredits, dem Überangebot an Leihkapital läuft das Kapital auch Gefahr, das der „Preis des Kapitals“, also der Zins, zum Teufel geht.

Wenn die Zentralbanken in gewisser Weise die steuernde Funktion des Wertes der Geldware übernommen haben, so erweist sich dies mehr und mehr als problematisch, weil sie sich unter dem Druck von Kapitalinteressen und schroffen Kriseneinbrüchen schwer tun mit ihrer Funktion zur Beschränkung der Geldmenge. Man hat die durch die Geldware gesetzten Schranken erweiterter Kapitalreproduktion aufgehoben, aber damit zugleich ein Fass aufgemacht. Die objektiven Schranken, die für Knappheit der Geldware und damit letztlich des Geldes sorgen (Arbeitsproduktivität, Vorkommen des Goldes) lassen sich eben nicht ohne weiteres durch subjektiv gesetzte Schranken ersetzen. Die Politik der US-amerikanischen FED in den letzten Jahrzehnten unterstreicht das. Man vermeidet die restriktive Funktion, die die Geldware ausübte, verfügt über mehr Handlungsspielräume, um auf diese Weise eine rigide Krisenmechanik, wie sie in der Vergangenheit vorkam, auszuschließen, produziert damit aber andere sich rapide verschärfende Widersprüche, wie sie besonders drastisch in der Weltwirtschaftskrise seit 2007 zum Ausbruch kamen und keinesfalls gelöst sind.

Einschub: Stufen der Verselbständigung des Tauschwertes und der Herrschaft des Wertes

Man kann das Marxsche „Kapital“ nur schlecht verstehen, wenn man nicht die „Grundrisse“ gelesen hat, die noch viel stärker den Gang der Marxschen Forschung zum Ausdruck bringen. Vieles, was im „Kapital“ als a priori gesetzte Logik der kapitalistischen Entwicklung erscheint, wird in den „Grundrissen“ aus konkreter historischer Entwicklung abgeleitet. Die Logik des Kapitals ist eben nichts, was der Existenz des Kapitals vorausgesetzt wäre. Es handelt sich vielmehr um eine Logik, die durch die reale kapitalistische Entwicklung erst entsteht und sich in immer neuen Formen durchsetzt. Marx hat seine Darstellung der Logik des Kapitals immer wieder unterbrochen, um die neuesten Entwicklungen zu berücksichtigen. Heute, da die objektiven Widersprüche sich so zuspitzen, kann man wieder besonders viel lernen über diese "allgemeine Logik" und ihre konkrete Entwicklung. Alles, was da als neu und besonders entdeckt wird, erweist sich bei Lichte betrachtet nämlich genau als Weiterentwicklung, konsequente Fortsetzung und Durchsetzung einer allgemeinen Logik/Gesetzmäßigkeit.

Es handelt sich um die immer weitergehende Durchsetzung des Wertes, Durchdringung und Beherrschung der gesellschaftlichen Reproduktion durch das Wertgesetz mittels einer Verallgemeinerung der Warenproduktion, die wiederum kapitalistische Produktionsverhältnisse voraussetzt. Diesem Prozess entsprechen die Stufen der Verselbständigung des Wertes gegenüber seiner stofflichen Basis (Produktion von Gebrauchswerten in Gestalt von Waren für die gesellschaftliche Reproduktion).

Die Verselbständigung des Wertes nimmt Gestalt an in immer neuen Formen des Wertes, die die jeweiligen historischen Entwicklungsstufen von Wert und Kapital kennzeichnen:

- Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld (Entstehung der Geldware)
- Verselbständigung des Geldes gegenüber der Geldware (Schöpfung des „ideellen Geldes“)
- Verselbständigung schließlich des Kredits (Stichwort: Verbriefungen) und der ganzen "Finanzindustrie" gegenüber der sogenannten "Realwirtschaft"

Scheinbar losgelöst von aller materiellen Produktion und Reproduktion findet die Verwertungslogik des Kapitals seinen vollkommensten, konzentriertesten Ausdruck in der Zirkulationsform des zinstragenden Kapitals $G-G'$, einfach aus Geld mehr Geld machen.

Wie verselbständigt die Formen des Wertes aber immer sein mögen, sie bleiben inhaltlich, substantiell letztlich gebunden an den Wert der Waren, der durch gesellschaftliche Arbeit bestimmt ist.

Schon die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld ermöglicht die Abweichung des Preises vom Wert der Waren.

„Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“ (MEW Bd. 23, S. 117)

Es mag also nicht wundern, wenn die Sachwalter des Kapitals allenthalben nach „Deregulation“ verlangen, damit „Marktwirtschaft“ funktionieren soll.

Je weiter jedoch die Verselbständigungen des Tauschwertes gehen und mit immer neuen Wertformen (Wertpapiere aller Art) eigene, von Angebot und Nachfrage bestimmte Kreisläufe entwickeln, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass die in diesen Kreisläufen entstehenden „Wertgrößen“ (auf Papier gedruckt oder nur in Computerprogramme eingegeben) nichts mehr mit den realen, durch gesellschaftliche Arbeit tatsächlich geschaffenen Wertgrößen zu tun haben. Es werden „ungedekte Checks“ zu Hauf produziert und man reibt sich die Augen in Anbetracht der Billionen, die da quasi aus dem Nichts entstehen. Die durch heftige Spekulationen vorangetriebenen „Blasen“ an den Finanzmärkten sind heute der entwickeltste Ausdruck der hier angesprochenen Verselbständigung von Wertformen, die keinen durch gesellschaftliche Arbeit geschaffenen Wert mehr repräsentieren. Der Eklat, die punktuelle gewaltsame Aufhebung dieser Verselbständigungen, in der sich die gesellschaftliche Arbeit zu Wort meldet, ist immer wieder vorprogrammiert.

„Wertsommen“, die aus dem Nichts entstanden sind, verschwinden wieder im Nichts. Verschwinden sie nicht, oder verschwinden sie in zu geringem Umfang, weil Staatsintervention in Gestalt aller möglichen Rettungsmaßnahmen das verhindert, so baut sich von Zyklus zu Zyklus zunehmend Überakkumulation von (Geld-)Kapital mit Zinsanspruch und Staatsverschuldung auf. Die Widersprüche werden auf erweiterter Stufenleiter reproduziert, um ihre aktuelle Zuspitzung zu vermeiden.

Senkung der Zirkulationskosten, Verkürzung der Zirkulationszeit, somit Erweiterung und Beschleunigung der Zirkulation sind kein Selbstzweck. Alle diese Veränderungen in der Zirkulation des Kapitals gehen einher und werden bedingt durch Veränderungen in der Produktion, auf die sie ihrerseits zurückwirken. Sie sind zunächst Ausdruck und Folge der tatsächlich gesteigerten Arbeitsproduktivität, der Erweiterung der Produktion und bewirken erweiterte Reproduktion durch Wert- und Mehrwertrealisierung. Treten jedoch Umstände ein (wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und daraus resultierend tendenziell sinkende Profitraten), die die verlangte Vergrößerung des Mehrwerts unter gegebenen Bedingungen durch relative Abnahme des variablen Kapitals verhindern bzw. begrenzen, dann kommt es auf der Basis der Verselbständigung des Finanzkapitals notwendig zur „Blasenbildung“ überschüssigen Geldkapitals, dessen Anspruch auf Zins, also Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert nicht mehr realisiert werden kann. Werden die Eigentumstitel mit Anspruch auf künftigen Mehrwert entwertet, so droht der Zusammenbruch des Kreditsystems. Bricht das Kreditsystem ein, dann folgt dem Einbruch der Aufträge durch den Großhandel, Stilllegung von Produktion und Unverkäuflichkeit von Waren aller Art.

VI. Konjunkturzyklus und „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Die „Preisfrage“, um die es letztlich geht, ist nicht die von Thomas Konicz. Sie laut vielmehr warum die für das Kapital nicht neuen, sondern typischen „Defizitkonjunkturen“ immer weniger funktionieren und erneut auf einen riesigen Scherbenhaufen zulaufen, also auf eine Krise mit noch verheerenderen sozialen Folgen wie nach 1929.

Für alle Kapitalismuskritiker, die sich von der marxischen Mehrwerttheorie verabschiedet haben, ist diese Frage wiederum schnell und widerspruchsfrei beantwortet. Sie diagnostizieren eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und damit zusammenhängend eine angebliche absolute Schranke für weitere Kapitalverwertung, bzw. Erweiterung seiner Reproduktion. Schuld sei eine erreichte technische Zusammensetzung des Kapitals (Stichwort: Automation, fehlende Werts substanz), die keine Expansion des Kapitals mit entsprechender Ausdehnung von Lohnarbeit mehr zulasse.

Deutlicher Ausdruck dieser „Krise der Arbeitsgesellschaft“ sei es, dass die Lohnarbeitslosigkeit seit Mitte der 1970iger Jahren angeblich „zyklusunabhängig“ wachse. In dem bereits zitierten Artikel „Kein Boden in Sicht“ ruft Thomas Konicz Oskar Hegt in den Zeugenstand. Der behauptet „die Arbeitslosigkeit“ sei von „den herkömmlichen Wellenbewegungen von Konjunktur und Rezession abgekoppelt“. Nicht genug damit, dass diese Fehlinformation zustimmend zitiert wird, auf der selben Seite folgt noch das Dementi des Autors, ohne dass er sich des offenkundigen Widerspruchs bewusst ist. Zitat: „Der Sockel an Arbeitslosigkeit wuchs mit jeder neuen Krise weiter an“.

Da stellen sich doch gleich wieder verschiedene „Preisfragen“: Wieso ist die Massenarbeitslosigkeit vom Zyklus abgekoppelt, wenn sie mit jeder Krise zunimmt? Und was zum Teufel hat es jetzt mit diesen Krisen auf sich? Was sind diese Krisen innerhalb der „Krise der Arbeitsgesellschaft“, wenn sie nicht „klassische, zyklische Konjunkturkrisen“ sind?

„Zyklusunabhängig“ ist die progressive Produktion einer „Überbevölkerung“ zweifellos nicht. Vielmehr steigt die Lohnarbeitslosigkeit „zyklusabhängig“, nämlich schubweise von Zyklus zu Zyklus, wie wir selbst vom Autor lernen konnten. Die Zahlen belegen das und wenn man auf der Basis dieser Zahlen eine Aussage treffen will, über die Frage der Abhängigkeit der Lohnarbeitslosigkeit vom Zyklus, dann muss man feststellen, dass gerade mit der Krise Mitte der 1970iger Jahre eine Entwicklung eintrat, in der die Lohnarbeitslosigkeit zyklusabhängig zunahm. Man ahnt aber, welche Vorstellung vom „klassischen Konjunkturzyklus“ im Hinterkopf herumspuken muss: in der Krise entsteht Lohnarbeitslosigkeit und im Aufschwung verschwindet sie wieder. Solche „klassischen Konjunkturzyklen“ hat es allerdings in der Realität nie gegeben und Marx spricht in seinem „Allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ ausdrücklich von der „progressiven Produktion einer relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee“. Sobald die „atypische“ Entwicklung ohne „klassischen Konjunkturzyklus“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1. Weltkrieg, Kurze Phase der Erholung, dann Weltwirtschaftskrise, Depression, 2. Weltkrieg und Rekonstruktionsphase des Weltmarktes) zu Ende war, begann das Kapital ebenso tüchtig wie „zyklusabhängig“ mit der „progressiven Produktion“ einer solchen Reservearmee.

VII. Mehrwerttheorie –

Kommando über Arbeit oder über unbezahlte Mehrarbeit?

Trotz Grundsatzkritik von Michael Heinrich am vom Marx formulierten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, ist Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gemeinsamer Bezugspunkt fast aller Theorien einer „langen Krise“, die Mitte der 1970iger Jahre begonnen habe. Egal ob gesetzmäßig erzeugt oder zufällig entstanden, wird sie allenthalben empirisch wahrgenommen, als Schranke für die progressive Kapitalverwertung.

Die Profitrate drückt das Verhältnis des produzierten und realisierten Mehrwerts zum insgesamt angelegten Kapital (konstantes und variables Kapital) aus. Nimmt das variable Kapital im Verhältnis zum konstanten ab, so sinkt die Profitrate, bei sonst gleich bleibenden Umständen der Kapitalverwertung. Die Verwertung des Kapitals wird aber nicht ausschließlich durch das Verhältnis

von konstantem zu variablem Kapital bestimmt, also davon, in welchen Verhältnissen das Kapital in Maschinerie etc. und in den Ankauf von Ware Arbeitskraft investiert. Die Menge des produzierbaren Mehrwerts wird nicht nur bestimmt von der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen, sondern auch von der Länge der notwendigen Arbeitszeit für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, von der Intensität der Arbeit und von der Länge des Arbeitstages. Marx schreibt schon in Kapital Bd. 1:

*„Verminderung des variablen Kapitals ist (also) ausgleichbar durch proportionelle Erhöhung im Exploitationsgrad der Arbeitskraft, oder die Abnahme in der Anzahl der beschäftigten Arbeiter durch proportionelle Verlängerung des Arbeitstages. **Innerhalb gewisser Grenzen wird die vom Kapital erpressbare Zufuhr der Arbeit also unabhängig von der Arbeiterzufuhr.**“ MEW Bd. 23, S. 323*

Jede kapitalistische Krise demonstriert diese relative Unabhängigkeit der unbezahlten Mehrarbeit von der „Arbeiterzufuhr“. Die Zahl der beschäftigten LohnarbeiterInnen nimmt ab und der „Klassenkampf von oben“ sorgt dafür, dass diese verringerte Zahl von LohnarbeiterInnen eine größere Masse unbezahlter Mehrarbeit liefert. Die Profitrate steigt wieder. Fast alle Theorien einer „langen Krise“, die sich ausdrücke in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und zunehmender Verschuldung, Aufblähung des Kredits, Vermehrung des fiktiven Kapitals, beziehen sich jedoch ausschließlich auf die „*Verminderung des variablen Kapitals*“. Sofern die Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeitskraft und die Verlängerung des Arbeitstages überhaupt untersucht und zur Kenntnis genommen wird, geschieht dies in der Form der Anklage gegen soziale Missstände, ohne die ökonomische Wirksamkeit dieser Veränderungen angemessen zu diskutieren. Nirgends wird jedenfalls ein systematischer Zusammenhang hergestellt zwischen den Aufschwungphasen in den 1980igern, 1990igern Jahren und dem Aufschwung im 1. Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts und der Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeitskraft und der Verlängerung des Arbeitstages. Angeblich war alles nur kreditvermittelter „Schein“.

Wie schrieb doch Franz Schandl in einem denkwürdigen Aufsatz:

„Unsere Aufgabe besteht nun darin, die Mehrwertkritik in ihre Schranken zu weisen ...“
Und wie macht er das?

„Mehrwert kann ohne Wert nicht gedacht werden. Jener ist eine abgeleitete Größe, nichts Eigenständiges, schon gar nicht das, was die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse definiert.“
*„Ziel des Kapitals ist also die „Verwertung des Werts“ (MEW 23:167), dass aus Wert mehr Wert (**nicht: Mehrwert!**) wird, G-W-G'!)*

(<http://www.trend.infopartisan.net/trd0604/t140604.html>)

Danach wäre dann nicht Profit sondern größerer Umsatz der letzte Zweck kapitalistischer Produktion. Der Zweck mehr Wert zu produzieren wäre aber auch bereits erfüllt, wenn ein Kapitalist statt Fahrrädern z.B. Autos produzieren lässt. Ein Auto hat zweifellos mehr Wert als ein Fahrrad. Das Geheimnis des Profits, warum der den Waren durch menschliche Arbeitskraft zugesetzte Neuwert Mehrwert und nicht nur mehr Wert ist, interessiert den desinteressierten fundamentalen Wertkritiker nicht.

*„Das Kapital ist also nicht nur Kommando über Arbeit, wie A. Smith sagt (oder wovon viele moderne Kritiker der „Arbeitsgesellschaft“ ausgehen! R.S.). Es ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwert, in welcher besonderen Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später kristallisiert, ist seiner Substanz nach Materiatuur unbezahlter Arbeitszeit. **Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit.**“ MEW Bd. 23, S. 556*

Von Aneignung unbezahlter Mehrarbeit und der damit einhergehenden Spaltung der Gesellschaft in Klassen ist bei solch „fundamentaler Wertkritik“ nicht mehr die Rede. Krise kann damit immer sein, wenn aus Wert nicht mehr Wert wird.

Den Mehrwert, den Marx meinte, war mehr Wert, der auf unbezahlter Mehrarbeit beruhte. Dem Werte nach geschrumpftes Kapital, geringerer Umsatz bei mehr Gewinn, das passiert ständig bei „Restrukturierungen“ von Einzelkapitalen und ist der Ausgangspunkt jedes Aufschwungs nach einer Krise! **„Weniger Wert“ ist also geradezu die Voraussetzung und Ausgangspunkt für die Überwindung der Krise des Kapitals! Entscheidend ist, dass der Exploitationsgrad der Lohnarbeit steigt, mit ihm die Profitrate und das durch Krise dezimierte Kapital daher erneut expandieren kann.**

Die Wachstumsphasen des Kapitals in den Zyklen nach der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970iger Jahre beruhten nicht **allein** auf Verschuldung! Sie beruhten in den kapitalistischen Ländern ebenso sehr auf der Zentralisation des Kapitals durch Pleiten und Fusionen (also Verteilung des Mehrwerts auf weniger Einzelkapitale) und sie beruhten in diesen Ländern vor allem auf der Steigerung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit (Intensivierung der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages, Kürzung von Lohnzahlungen, etc.). Wer behauptet, das Wachstum des Kapitals beruhe nur noch auf bloßer Verschuldung, der hat nicht verstanden, was das Kapital ist und kann demzufolge auch nicht begreifen, worin seine Krise besteht und was sie bewirkt.

„Die Tendenz des Kapitals ist, ..., den absoluten und den relativen Surpluswert zur verbinden; also größte Ausdehnung des Arbeitstags mit größter Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage, zugleich Reduktion einerseits der notwendigen Arbeitszeit auf das Minimum, andererseits der notwendigen Arbeiteranzahl auf das Minimum. Diese widersprechende Forderung, deren Entwicklung in verschiedenen Formen als Überproduktion, Überpopulation etc. sich zeigen, macht sich geltend in der Form eines Prozesses, worin die widersprechenden Bestimmungen sich in der Zeit ablösen.“
Grundrisse, S. 656

Wenn man sich die Entwicklung des Weltkapitalismus der letzten Jahrzehnte anschaut, dann wird diese Tendenz handgreiflich in all ihrer Widersprüchlichkeit. Man sieht in den hochentwickelten Ländern die dominante Tendenz, die notwendige Arbeiteranzahl auf ein Minimum zu beschränken, man sieht in Ländern wie China die dominante Tendenz zur „größten Ausdehnung des Arbeitstages“ usw. Man sieht darüber hinaus die Tendenz, die in den hochentwickelten Ländern durch gesellschaftliche Konvention und Klassenkompromisse gesetzten Schranken (Rekonstruktionsperiode nach dem 2. Weltkrieg) für maximale Kapitalverwertung einzureißen, um durch Kombination der „widersprüchlichen Forderungen“ kapitalistisches Wachstum zu erzeugen.

VIII. Mehrwerttheorie – Über den Wert der Ware Arbeitskraft

Wenn man vom Mehrwert spricht, muss man über den Wert der Ware Arbeitskraft sprechen. Marx schreibt in Kapital Bd. 1:

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. ... Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Produktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“ MEW Bd. 23, S. 185

Später, im Abschnitt über die Akkumulation des Kapitals, heißt es:

*„In den Abschnitten über die Produktion des Mehrwerts ward beständig unterstellt, dass der Arbeitslohn wenigstens gleich dem Wert der Arbeitskraft ist. **Die gewaltsame Herabsetzung des Arbeitslohnes unter diesen Wert spielt jedoch in der praktischen Bewegung eine zu wichtige Rolle, um uns nicht einen Augenblick dabei aufzuhalten....***

***Wenn ... die Arbeiter von der Luft leben könnten, so wären sie auch um keinen Preis zu kaufen. Ihr Nichtkosen ist also eine Grenze im mathematischen Sinn, stets unerreichbar, obgleich stets annäherbar. Es ist die beständige Tendenz des Kapitals, sie auf diesen nihilistischen Standpunkt herabzudrücken.“** MEW Bd. 23, S. 626*

Die Arbeitszeit, die notwendig ist für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ist also zugleich Bedingung (könnten die LohnarbeiterInnen von der Luft leben, wären sie nicht käuflich) und Schranke (Begrenzung für die unbezahlte Mehrarbeit) für die Kapitalverwertung. Die Tendenz, die notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft gegen Null zu drücken, resultiert also keineswegs nur aus der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, durch Automation der Produktion. **Beim interessierten Versuch, seine in der Produktion des Mehrwerts entstehenden Verwertungsprobleme zu lösen, übt das hochakkumulierte Kapital einen zunehmende Druck auf den Lohn aus und ist bemüht, sich aller Kosten zu entledigen, die als Abzug vom Profit in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen.**

Die Grenzen zwischen notwendiger Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit sind also sehr elastisch. Es kommt hinzu, dass der Wert der Ware Arbeitskraft ein „historisch-moralisches Element“ (Marx) enthält, dass durch gesellschaftliche Konvention, Klassenkompromisse etc. bestimmt wird. Wie lange die LohnarbeiterInnen also tatsächlich für die eigene Reproduktion arbeiten und wie lange sie unbezahlt für das Kapital werkeln, das hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die ihrerseits vom Klassenkampf, egal ob bewusst geführt oder nicht, abhängen.

Alle Schranken für die Kapitalverwertung, die sich in Krisen Geltung verschaffen, sind immer relativ, niemals absolut. (Eine absolute Schranke für Kapitalverwertung lässt sich allenfalls als „Grenze im mathematischen Sinne“ konstruieren.) Dass es sich um relative Schranken handelt, macht sie nicht weniger wirkungsmächtig! Der zyklisch wiederkehrende und sich verschärfende Zusammenbruch der Kapitalakkumulationsdynamik ist unvermeidlich. Ebenso unvermeidlich ist aber auch der jeweilige kapitalistische Ausweg aus der Krise, nicht zuletzt durch „Klassenkampf von oben“, wenn diesem nicht mit systemüberwindenden Klassenkampf von unten begegnet wird. **Sofern die notwendige Arbeitszeit eine konkrete Schranke für die Kapitalverwertung ist, wird sie in den Krisen verkürzt. Sei es, dass der Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt wird, sei es, dass die erreichten Klassenkompromisse aus dem „historisch-moralischen Element“ entfernt werden.**

So geschehen in allen zyklischen Krisen seit der Krise Mitte der 1970iger Jahre. Im Resultat arbeiten die LohnarbeiterInnen nach jeder Krise weniger für sich und mehr für das Kapital. Ohne diese Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit, nur gestützt auf Ausdehnung des Kredits, hätte es keinerlei ökonomisches Wachstum des internationalen Kapitals mehr gegeben.

Die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Lohnarbeit drückt sich u.a. darin aus, dass das „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ deutlich stärker wächst, als die „Einkommen aus abhängiger Beschäftigung“. Es handelt sich hierbei also um weit mehr als eine bloße Umverteilung von Geldern von unten nach oben und kann nicht beliebig durch eine Umverteilung von oben nach unten korrigiert werden! Es handelt sich vielmehr um eine ökonomische Notwendigkeit der Mehrwertproduktion! Je spürbarer der Mehrwertmangel für das überakkumulierte Kapital, desto heftiger seine Angriffe, desto unverblümter sein „nihilistischer Standpunkt“.

Um die in sozialer Hinsicht bedrohlichen Spielräume für weitere Kapitalverwertung ermessen zu können, muss man sich aber auf eine Betrachtung der konkreten Schranken für die Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit einlassen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die LohnarbeiterInnen in vielen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern viel länger für die eigene Reproduktion arbeiten, als gemeinhin in linksradikalen Kreisen angenommen wird. In solchen Ländern wurden und werden noch immer Teile des Profits direkt oder indirekt – sozusagen zweckentfremdet – auf die Reproduktion von Ware Arbeitskraft verwandt. Die LohnarbeiterInnen arbeiten dadurch weit aus länger für die eigene Reproduktion, als es im ausbezahlten Lohn zum Ausdruck kommt. Ich erwähne hier nur 2 Beispiele aus Deutschland.

1. Beispiel: Gesetzliche Unfallversicherung in Deutschland und deren Träger, die Berufsgenossenschaften

Die Berufsgenossenschaften werden ausschließlich aus den Profiten des Kapitals finanziert. Sofern aus ihren Mitteln u.a. Kuren und andere Rehabilitationsmaßnahmen finanziert werden, dienen diese eindeutig der Reproduktion von Ware Arbeitskraft! Doch damit nicht genug. Die Berufsgenossenschaften erlassen Unfallverhütungsvorschriften (heute „Berufsgenossenschaftliche Vorschriften und Regeln“ (BGVR), die das Kapital eine hübsche Stange Geld kosten. (Einstellung einer Sicherheitsfachkraft, Entwicklung und Aushang von Betriebsanweisungen, Durchführung von Unterweisungen während der Arbeitszeit, Installation von Vorrichtungen, die der Arbeitssicherheit dienen, usw.) All diese Maßnahmen zur Unfallverhütung dienen einerseits dazu, den Gebrauchswert der lebendigen Arbeitskraft für das Kapital zu erhalten. Die dadurch reduzierten Arbeitsunfälle, gerade auch solche, die Behinderungen oder Tod nach sich ziehen, schaffen aber zugleich für LohnarbeiterInnen eine deutlich bessere „Lebensqualität“, dienen unmittelbar ihrer verbesserten Reproduktion.

2. Beispiel: Bestimmte Produktrichtlinien in der EU, hier Maschinenrichtlinie

Die Maschinenrichtlinie beinhaltet als Schwerpunkt (neben dem rein marktwirtschaftlichen definierten Zweck des Abbaus technischer Handelshemmnisse) ausführliche „Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen“ an Maschinen. Gefahren für Mensch und Umwelt müssen zunächst konstruktiv ausgeschlossen werden. Ist das aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, müssen Sicherheitsvorrichtungen eingebaut werden usw. Zu solchen Sicherheitseinrichtungen zählen z.B. „trennende Schutzvorrichtungen“, die den Zugang zu Gefahrstellen ausschließen und die Maschine abschalten, wenn diese Schutzvorrichtungen geöffnet werden. Auch europäische Richtlinien wie die Maschinenrichtlinie, die jeweils in nationales Recht umgesetzt werden müssen, kosten das Kapital viel Geld und nützen zunächst unmittelbar nur den LohnarbeiterInnen, die vor Verletzungen und Verstümmelungen in einem hohen Maße geschützt werden. Der Nutzen für das Kapital ergibt sich erst mittelbar aus der längeren „Maschinenlaufzeit“ der Ware Arbeitskraft, die länger zur Verfügung steht und aus geringeren Produktionsstillstandzeiten. **Alle Arbeit, die für Arbeitssicherheit und Arbeitssicherheitseinrichtungen verausgabt wird, ist unmittelbar Arbeit für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft (was leider auch die heutigen LohnarbeiterInnen nicht verstehen, obwohl die erreichte Arbeitssicherheit wesentlich mit ihre „Lebensqualität“ bestimmt). Die Kosten, die daraus entstehen werden aber „durch die Bank“ (nicht nur sprichwörtlich) vom Kapital getragen. Ein weites Feld für Kostensenkungsprogramme des Kapitals, je bedrückender die Kosten werden und je knapper die Profite.** Der Kampf um Arbeitssicherheit war daher ein Anliegen „der alten Arbeiterbewegung“ und musste gegen das Kapital geführt werden.

3. Beispiel und last but not least muss in diesem Zusammenhang die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle erwähnt werden.

Für einen begrenzten Zeitraum von Krankheit können sich die LohnarbeiterInnen reproduzieren, ohne zu arbeiten, und diese Reproduktion wird einzig aus den Profiten des Kapitals bestritten.

Dieses und vieles mehr (alle Sozialversicherungsbeiträge des Kapitals, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Erschwernis- und Überstundenzulagen, etc.) steht zur Disposition und wird vom Kapital Zug um Zug abgebaut.

Wer meint, dies alles seien Selbstverständlichkeiten eines „normalen“ Kapitalismus und es handele sich dabei nicht um einzureißende Schranken für die Mehrwertproduktion, der wird sich noch wundern, welches Potential für ökonomisches Wachstum des Kapitals darin schlummert. Aller Tendenz zur Automation zum trotz!

Das Kapital in den hochentwickelten Ländern erschließt sich verloren gegangene Quellen unbezahlter Mehrarbeit, bzw. stopft die Löcher, aus denen Profit abgezogen und für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft genutzt wird. Das ist der ökonomische Kern von „Sozialabbau“ und von der sogenannten „Umverteilung von unten nach oben“ und zugleich wesentliches Moment des kapitalistischen Auswegs aus der Krise. Zu diesem Ausweg gibt es unter kapitalistischen Bedingungen keine Alternative!

IX. Mehrwerttheorie – Ein kurzer Blick über die Grenzen

Mit der Auflösung des „Realsozialismus“ erhielt das internationale Kapital Zugriff auf ein Heer von Abermillionen MehrwertproduzentInnen. Will man wissen, welche Bedingungen das heutige, hochakkumulierte Kapital braucht, um in großen Raten zu wachsen, so muss man nach China schauen. Ein paar aktuelle Daten:

„Der Wert der chinesischen Industrieproduktion hat sich im April 2010 gegenüber dem Vorjahrsmonat um 17,8 Prozent erhöht (im März waren es 18,1 Prozent), die Anlageinvestitionen sind sogar mit 26,1 Prozent (26,4 Prozent) höher ausgefallen. Das Kreditvolumen der Banken hat nochmals um 24,1 Prozent zugenommen. Dieser seit der Jahreswende 2009/2010 anhaltende Aufschwung wird vor allem durch binnenwirtschaftliche Faktoren getragen: Der inländische Konsum hat im April 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18,5 Prozent zugelegt, während die Importe auf 118,2 Milliarden US-Dollar stiegen und somit gegenüber dem Vorjahresmonat um 50,1 Prozent zunahmen...“ Karl-Heinz Roth in „Lunapark“ 21, S. 40

Allein über 200 Millionen (!!!) WanderarbeiterInnen, die nach Lohnarbeit suchen und notgedrungen Löhne und Arbeitsbedingungen akzeptieren (siehe Anlage), die dem Kapital ein Höchstmaß an unbezahlter Mehrarbeit liefern und dadurch ebenso außerordentliche Profitraten ermöglichen. (Zum Vergleich: die USA zählen rund 300 Millionen Einwohner!) Unter solchen Bedingungen ist es sogar möglich, dass ein Konzern wie Foxconn seinen Beschäftigten ohne größere Kämpfe eine Lohnerhöhung von 30% zugesteht.

Robert Kurz nannte das außerordentliche Wachstum des Kapitals in China schon 2008 „Die chinesische Täuschung“ und meint:

„Dieses scheinbar reale Wachstum ist auf Sand gebaut, weil es seinen Ausgangspunkt nicht in Einkommen aus realer Mehrwertproduktion hatte, sondern von den Finanzblasen genährt wurde. Deshalb ist auch die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze etwa in die Wachstumsstaaten China und Indien eine optische Täuschung.“ WOZ vom 27.11.2008

Es sei „keinerlei autonomes (????) Wachstum“ mehr möglich, „die Illusion einseitiger (?????) Exportströme“ sei zu Ende usw. Das gipfelt dann in der Feststellung, dass das „Realitätsprinzip substantieller Mehrwertproduktion“ nicht mehr möglich sei.

Das ist eine Ökonomiekritik, die sich in bloßen Untergangsszenarien erschöpft und mit der Realität kapitalistischer Entwicklung und daraus resultierender tatsächlicher sozialer Katastrophen wenig zu tun hat.

Wenn die Importe in China innerhalb eines Jahres um rund 50% zunehmen und die Exporte beispielsweise von Deutschland nach China innerhalb eines Jahres ebenfalls um 7% steigen, dann liegt die „optische Täuschung“ und „Illusion einseitiger Exportströme“ einzig beim Autor solcher Zeilen.

SPIEGEL ONLINE

2. März 2010

Deutsche Exporte nach China boomen trotz Krise

Wiesbaden - Obwohl die deutschen Exporte massiv eingebrochen sind, haben die Unternehmen in Deutschland im vergangenen Jahr mehr Waren nach China ausgeführt als im Vorjahr. Der Wert der Exporte in die Volksrepublik stieg 2009 auf 36,5 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mitteilte. Dies entspricht einem Zuwachs von sieben Prozent. Die deutschen Gesamtausfuhren gingen in diesem Zeitraum hingegen um 18,4 Prozent zurück.

Den größten Teil der Exporte nach China machte den Zahlen zufolge die Ausfuhr von Maschinen aus: Die deutschen Unternehmen exportierten demnach Maschinen im Wert von elf Milliarden Euro in die Volksrepublik, sieben Prozent mehr als noch 2008. Im Wert von 6,4 Milliarden Euro (plus 18 Prozent) wurden Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile nach China ausgeführt. Auf Rang drei lagen der Statistikbehörde zufolge elektrische Ausrüstungen mit einem Exportwert von 3,9 Milliarden Euro (plus 1,1 Prozent).

China ist der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU. Am meisten exportieren deutsche Unternehmen nach Frankreich, in die Niederlande und in die Vereinigten Staaten.

luk/apn

Wer das Wirtschaftswachstum in China als „scheinbar real“ bezeichnet, der hat selbst ein Wahrnehmungsproblem in Bezug auf ökonomische und soziale Realität. Dieses Wahrnehmungsproblem resultiert aus einer theoretischen Konstruktion, wonach das erreichte Niveau technischer Zusammensetzung des Kapitals kein Wachstum „substanzieller Mehrwertproduktion“ mehr zulasse. (Man muss sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass für „fundamentale Wertkritiker“ Mehrwert nur gleich mehr Wert und die Substanz des Mehrwerts Arbeit und nicht unbezahlte Mehrarbeit ist. Und offensichtlich geht R. Kurz davon aus, das durch Kredit zur Verfügung gestelltes Geld ungeeignet ist, um Mehrwert zu realisieren! Er verwechselt nicht zuletzt einfache mit erweiterter Kapitalreproduktion.) In einer solchen verkehrten Sicht der Dinge dreht sich alles um wachsenden Umsatz und wachsende Einkommen. Weil der wachsende Umsatz mit immer weniger „Arbeit“ erzielt würde, könnten nicht genügend Einkommen aus „realer Mehrwertproduktion“ entstehen, um den Umsatz von Ware in Geld bzw. mehr Geld erfolgreich zu realisieren. Sobald der Kredit ins Spiel kommt, gilt den Kritikern der „Arbeitsgesellschaft“ das Wirtschaftswachstum nicht mehr als real. Danach wäre auch des „Wirtschaftswunder“ in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg „irreal“ gewesen, denn auch hier funktionierte das Wachstum des Kapitals nur mit Hilfe der Ausdehnung des Kredits.

Dreht sich für das Kapital alles um die Differenz zwischen notwendiger Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit, so dreht sich für die Kritiker der Arbeitsgesellschaft alles um die Differenz zwischen mit Automaten erzeugten Warenbergen und fehlenden Geldeinkommen.

“Wir haben versucht, die Menschheit mit einer hochmechanisierten Ausstattung zu beglücken, und dabei vergessen, dass in Spanien Lohn- und Lohnnebenkosten preiswerter, in der Tschechischen Republik noch preiswerter und in China am preiswertesten sind. Es ist unsere Aufgabe, mit einer niedrigen Mechanisierung die Menschen einzusetzen, solange sie wenig kosten, und damit ein gutes Geschäft zu machen.” Ferdinand Piech von VW zitiert nach: Handelsblatt, 19.11.1993

Tatsächlich ist das enorme Wachstum der industriellen Produktion in China mit einem riesigen Heer an billigen Lohnarbeitskräften, unter die Gesundheit der Menschen ruinierenden Arbeitsbedingungen, die damit einhergehende rasante Veränderung der chinesischen Gesellschaft, ein einziges Dementi auf „fundamentale Wertkritik“, besonders deren Kritik an der marxistischen Mehrwerttheorie.

Das kreditvermittelte Wachstum des Kapitals in China schafft zunehmend jene „Einkommen aus realer Mehrwertproduktion“, die Robert Kurz so schmerzlich als angeblich notwendigen Ausgangspunkt dieses Wachstums vermisst. Infolge der großen Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft wachsen mittlerweile die Lohneinkommen in großen Raten, es entsteht eine neue „Mittelschicht“, die Zahl der Millionäre und Milliardäre nimmt zu und es entsteht ein gigantischer innerer Markt, der an Größe alles übertrifft, was es bisher gegeben hat. Das ist nicht „Schein“, sondern Realität, die mit einem hohen sozialen und ökologischen Preis bezahlt wird.

Die Hoffnung des Kapitals ist darauf gerichtet, dass dieses außerordentliche Wirtschaftswachstum kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Darauf spekuliert es mit großem finanziellen Aufwand. Die Hoffnung der Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ist vor allem darauf gerichtet, durch Erhöhung der Löhne und soziale Absicherungen kontinuierlich Anteil zu haben am rasch wachsenden Reichtum.

Was auf Sand gebaut ist, was trügerisch ist, das sind allein diese Hoffnungen auf ungebrochene Kontinuität dieses Wachstums. Das chinesische „Wirtschaftswunder“ wird an die gleichen Schranken stoßen, wie jedes kapitalistische „Wirtschaftswunder“. Je rascher das Kapital in China wächst, je vollständiger die Integration des Landes in den Weltmarkt, desto schneller werden die Raten des Wirtschaftswachstums geringer ausfallen und wird ein Konjunkturzyklus mit sich verschärfenden Krisen die weitere Entwicklung prägen.

Die Produktion von realem Mehrprodukt in China - das sich kreditvermittelt und durch wachsende Geldeinkommen (Löhne und Profite) auf dem Markt in realisierten Mehrwert verwandelt - vollzieht sich als Ausbeutung von Lohnarbeit, als Aneignung einer ungeheuren Masse an unbezahlter Arbeit. Dieser reale Prozess ist nicht nur von Bedeutung für die rapide Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft in China sondern auch für die Verwertung des internationalen Kapitals. Ohne Integration Chinas in den Weltmarkt, ohne das chinesische „Wirtschaftswunder“ wären die hochentwickelten kapitalistischen Länder vermutlich schon an ihrer wahnwitzigen Spekulation auf hohe Renditen und Wachstumsraten erstickt; will sagen: Bankenrettung und Konjunkturprogramme hätten versagt und die Arbeits- und Lebensverhältnisse in diesen Ländern wären grundlegend erschüttert worden.

Ich gehe hier nicht weiter ein auf Länder wie Indien, Russland, Brasilien etc. Nur soviel:

Der Erfolg nachholender Entwicklung durch kapitalistische Industrialisierung beruht jeweils auf:

- der enormen Größe des potentiellen inneren Marktes
- der aggressiven Exportorientierung auf dem Weltmarkt

Dass das enorme ökonomische Wachstum dieser Länder mit unbeschreiblicher sozialer Polarisierung einhergeht ist jedenfalls nicht Ausdruck von Krise. Es ist Ausdruck einer stürmischen Akkumulation ohne „soziale Gegenmacht“, wie es die alte Arbeiterbewegung war. Auf jeden Fall besteht hier enormes Potential für weiteres Wachstum des Kapitals, was sich verschärfende Krisen nicht ausschließt, und ebenso Raum für die „reformistische – und möglicherweise auch aggressiv-nationalistische - Intergration“ einer sich naturwüchsig entwickelnden Bewegung der LohnarbeiterInnen.

Ergänzungen zum Thema Export:

In seinem bereits zitierten Artikel „Mythos Griechenland“ schrieb Thomas Konicz am 04.05.2010 auch:

„Die aggressive, exportorientierte Ausrichtung der deutschen Industrie ist sowohl für die schleichende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland, wie auch für die

griechische Defizitbildung verantwortlich. Diese expansive Ausrichtung ist aber kein ewiges Naturgesetz, sondern Produkt einer bestimmten Politik, die spätestens seit den Hartz-IV-Gesetzen unter Rot-Grün forciert wurde.“

Da bin ich fast sprachlos! Was heute „Made in China“ ist, war schon im 19. Jahrhundert „Made in Germany“. Beides steht bzw. stand für billige Produkte für den Weltmarkt („Made in Germany“ war im England des 19. Jahrhunderts, dem damals führenden kapitalistischen Land, ein Schimpfwort für die aggressiv auf den Markt drängenden billigen deutschen Kopien ihrer Produkte.) Aggressive Exportorientierung ist ein Merkmal jedes auf dem Weltmarkt erfolgreichen Gesamtkapitals.

England, USA, Deutschland, Japan, „Tigerstaaten“ und jetzt vor allem China.

Der Erfolg der „Exportnationen“ drückt sich aus in Außendhandelsüberschüssen. Sofern es sich dabei um die Erfolge einer „nachholenden Industrialisierung“ handelt, beruhen sie wesentlich auf niedrigen Preisen, die auf dem hohen Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit beruhen (niedrigste Löhne, extrem lange Arbeitszeiten, etc.). Sofern es sich dabei um Erfolge hochentwickelter Länder handelt, beruht der Erfolg auf niedrigen Preisen, die auf die hohe Arbeitsproduktivität (hohe technische Zusammensetzung des Kapitals) zurück zu führen ist. Was immer jedoch die konkrete Ursache für Exporterfolge ist, sie führen zu starker Nachfrage nach Lohnarbeit in den exportierenden Ländern. In hoch entwickelten kapitalistischen Ländern mit hoher Arbeitsproduktivität würde die Nachfrage des Kapitals nach Lohnarbeit ohne erfolgreiche „aggressive Exportorientierung“ in großem Umfang wegbrechen.

Schon im England des 19. Jahrhunderts profitierten die LohnarbeiterInnen dieses Landes von dieser Exportorientierung. Gleiches kann man sagen von der Entwicklung in Deutschland und Japan nach dem 2. Weltkrieg.

Ohne die aggressive, exportorientierte Ausrichtung der deutschen Industrie ginge es „breiten Bevölkerungsschichten“ in Deutschland heute bedeutend schlechter.

Die aggressive Exportorientierung einer nationalen Industrie, eines Gesamtkapitals, ist nichts anderes als die aggressive Marktorientierung eines beliebigen Einzelkapitals, nur auf höherer Stufenleiter. Auch Einzelkapitale auf einem nationalen Markt können sich nur behaupten durch aggressive Marktstrategie. Die starke Nachfrage nach Lohnarbeit und dadurch ermöglichte günstige Konditionen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft hängt entscheidend von den Erfolgen dieser Strategien ab. Es ist also genau umgekehrt: Je weniger Einzel- und Gesamtkapitale auf dem nationalen oder dem Weltmarkt erfolgreich sind, desto schwächer die Nachfrage dieser Kapitale nach Lohnarbeit und desto stärker die „Verelendung breiter Bevölkerungsschichten“.

„Aggressive Exportorientierung“ ist keine beliebig austauschbare Politikvariante, sondern in der Tat Ausdruck des „Naturgesetzes“ kapitalistischer Produktion. Ohne diese Exportorientierung gibt es weder nachholende kapitalistische Industrialisierung, noch Wachstum für die hoch entwickelten kapitalistischen Nationalökonomien. Produktion für den Weltmarkt und Expansion des Weltmarktes ist Existenzbedingung des Kapitals.

Auch in diesem Zusammenhang stellt sich wieder die „Preisfrage“, was denn da eigentlich für ein Verständnis von Kapital und Krise des Kapitals vorliegt?

X. Mehrwerttheorie – merkwürdige Gemeinsamkeiten und politische Konsequenzen

Wird auf dem einen Pol kapitalismuskritischer Theorie die Ausweglosigkeit einer „finalen Krise“ des Kapitals angenommen, so erscheint – in Anlehnung an Keynes – auf dem anderen Pol jede Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche des Kapitals als sozial regulierbar.

Wird auf der einen Seite jede weitere Ausdehnung der Produktion und Realisierung von Mehrwert ausgeschlossen, so erscheint es auf der anderen Seite überhaupt keine Schranken dafür zu geben, wenn nur die richtigen politischen Reformen realisiert werden.

In beiden Fällen spielt die Mehrwerttheorie keine Rolle mehr und wird all das, was in der Wirklichkeit passiert, um die Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit voranzutreiben, entweder in seiner ökonomischen Wirksamkeit geleugnet oder bloß als verfehlte, unsoziale Variante von Politik

abgetan. Tatsächlich handelt es sich um eine wirksame ökonomische Gesetzmäßigkeit, zu der es im Kapitalismus keine Alternative gibt!

Die Linksreformisten verschiedener Couleur werden nicht müde, einen neuen „New Deal“ oder einen „Grünen New Deal“ zu predigen und stricken fleißig an dem Mythos, diese Politik der Roosevelt-Administration habe den Ausweg aus der großen Weltwirtschaftskrise und Depression 1929ff gefunden. Dagegen muss man zunächst folgendes festhalten:

- Die Politik des „New Deal“ konnte nicht den erneuten schweren Kriseneinbruch 1937 in den USA verhindern!
- Trotz umfangreicher „Beschäftigungsprogramme“ stieg die Massenarbeitslosigkeit in Folge dieses erneuten Kriseneinbruchs wieder stark an!
- Erst die „geplante“ Kriegsökonomie seit Kriegseintritt 1941 mit nochmals gigantisch anwachsender Staatsverschuldung, hob die „Gesetze des Marktes“ soweit auf, dass man von einem Ende der Depression sprechen kann.

Aber diese „geplante“ Kriegsökonomie als „New Deal“ zu bezeichnen, dazu gehört schon einiger „Mut“. Das Schlagwort des verlangten „New Deal“ verheimlicht dessen Scheitern!

Die Wirksamkeit der „geplanten“ Kriegsökonomie aber offenbart eins, nämlich, dass bei entsprechender Zuspitzung der Widersprüche ein funktionierendes Kapitalverhältnis nur wieder rekonstruiert werden kann, durch weitgehende Aufhebung der „Gesetze des Marktes“, nicht durch die Marktgesetze selbst! Diese Rekonstruktion eines funktionierenden Kapitalverhältnisses, die erst nach dem zweiten Weltkrieg ihren Abschluss fand, führte schnurstracks zur Weltwirtschaftskrise in den 1970er Jahren und zu der erneuten Abwärtsspirale des Kapitals, mit deren Resultaten wir es jetzt zu tun haben.

Von sozialer Revolution wollen die Linksreformisten nichts wissen. Alles, was sie schreiben läuft auf die Rekonstruktion eines funktionierenden Marktes hinaus, der sozial reguliert sein soll. Ihre Phantasie und ihre Politik überschreiten nicht die Grenzen der „Marktwirtschaft“ und können bestenfalls zu den Resultaten der Kriegsökonomie der USA anno tobac führen. Sie wollen die „Gesetze des Marktes“ aufheben, um einen „funktionierenden Markt“ wieder herzustellen. Das heißt „New Deal“!

Es kommt nicht von ungefähr, dass sie eine andere Seite des „New Deal“ in den USA kaum erwähnen: nämlich, dass er zweifellos den „Klassenkampf von unten“ befördert hat.

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang die berühmte „Klausel 7a“, die den ArbeiterInnen der kapitalistischen Industrie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifvereinbarungen zu sprach. Durchgesetzt aber wurde dieses Recht in den großen Klassenauseinandersetzungen Mitte der 1930er Jahre (siehe Anlage)... und das geschah nicht ohne großen sozialistischen und kommunistischen Einfluss, der erst wieder nach dem Krieg in der „McCarthy-Ära“ gebrochen werden musste ... damit die Rekonstruktion des Kapitalverhältnisses von Bestand war!

Alle Missverständnisse der Linksreformisten beruhen auf ihrer Wertschätzung von Keynes, der bekanntlich kein Anhänger der Mehrwerttheorie war. Alle Schwierigkeiten für Kapitalverwertung sah dieser Mann überwindbar durch eine „Erhöhung der effektiven Nachfrage“, sprich durch eine Ausdehnung des Marktes. Danach können sich technische Zusammensetzung des Kapitals und dadurch bedingte Wertzusammensetzung entwickeln wie sie wollen, hauptsächlich es entstehen genügend Geldeinkommen, um den erweiterten Umsatz von Ware in Geld zu ermöglichen. Man könnte dieses Konzept auch als einfachen Wachstumsfetischismus bezeichnen, wie wir ihn eingangs bei Ackermann und seinem wissenschaftlichen Begleiter sahen. Technischer Fortschritt ist danach exogener Faktor der Marktökonomie des Kapitals und der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert nicht der Treibsatz kapitalistischer Dynamik (vergl. dazu Henryk Grossmann „Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik“, EVA Frankfurt 1969).

Wer so denkt, der hält natürlich alle Verwertungsprobleme erweiterter Kapitalreproduktion durch Ausdehnung des Marktes für möglich, sei es, dass Banken genügend Geld vorschießen, sei es, dass LohnarbeiterInnen „dekommodifizierend“ hohe Löhne erhalten (Stefan Krüger). Die ständig sich erhöhende „Kapitalintensität“ ist kein Problem, wenn man den Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert hinwegabstrahiert!

Der rein ökonomisch, marktvermittelte kapitalistische Ausweg aus der Krise ist in seinen Grundzügen als ein absolutes Gesetz vorprogrammiert, wie – in Grenzen - auf verheerende Weise wirkungsvoll. Er bedeutet eine gigantische Entwertung und Vernichtung von Kapital, und er bedeutet eine drastische Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit. Beides zusammen bewirkt, dass ein deutlich kleineres Kapital bei verbesserten Verwertungsbedingungen wieder wachsen kann. Das ist die Lösung der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, die der Markt anbietet und der beschritten wird und werden soll, solange es eben geht.

Versagt der Markt als Mechanismus zum Ausweg aus der Krise des Kapitals, kommt es zu einer lang anhaltenden Depression mit erneuten Kriseneinbrüchen, dann verlangen die Interessen des kapitalistischen Privateigentums selbst, dass der geheiligte Weg des Marktes verlassen wird. Ohne „gesellschaftliche Planung“ lässt sich dann auch ein funktionierender Markt nicht mehr herstellen.

Die Geschichte lehrt uns, dass beides gleichermaßen mit verheerenden Auswirkungen über uns kommt:

- sei es, dass der Markt seine Gesetze vollstreckt
- sei es, dass die Gesetze des Marktes im Interesse des Erhaltes von Privateigentum aufgehoben werden

Die Krise der Kapitalverwertung verlangt und produziert ihre Lösung, auf dem einen oder auf dem anderen Weg. Die systemerhaltende Lösung der Krise impliziert immer beides:

- Lösung der Probleme, die bei der Produktion des Mehrwerts entstehen
- Lösung der Probleme, die bei der Realisierung des Mehrwerts entstehen.

Das eine verlangt Senkung speziell der „Arbeitskosten“, das andere Senkung der Preise allgemein. Erst zusammen wird ein Schuh daraus und kann das Kapital wieder wachsen.

In jedem Fall produziert und provoziert der kapitalistische Ausweg aus der Krise den Klassenkampf. Ohne „Klassenkampf von oben“ keine Steigerung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit und damit keine erneutes Wachstum des Kapitals!

Ohne Klassenkampf von unten keine Verhinderung dieses Auswegs aus der Krise und geringe Chance auf eine Überwindung des Kapitalverhältnisses.

Wird dem Kapital der kapitalistische Ausweg aus der Krise nicht durch „Klassenkampf von unten“ verbaut, dann gibt es auch keine ausweglose Krise. Versagt der rein ökonomische Ausweg aus der Krise des Kapitals, dann steht eine noch bedrohlichere „politische Lösung“ an.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist der überwältigende Mehrheit der LohnarbeiterInnen weit entfernt davon, irgendeinen Gedanken an soziale Revolution, an Sozialismus oder Kommunismus zu verschwenden. Keine noch dazu oft zweifelhafte, der Überprüfung kaum standhaltende „radikale“ Kritik wird ihr Ohr finden, solange das Kapital sie nicht aus ihren Löchern privater „Lebensentwürfe“ treibt.

Vor diesem Hintergrund subjektiver Desorientierung wird sich die Systemfrage objektiv immer drängender stellen aber sie kann bei halbwegs realistischer Einschätzung subjektiv nur in dem Maße beantwortet werden, wie der kapitalistische Ausweg aus der Krise verbaut wird. Entwickelt sich kein massenhafter Widerstand gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise, also ein Kampf zur Verteidigung bestimmter sozialer Errungenschaften, dann sind die Perspektiven aller heute

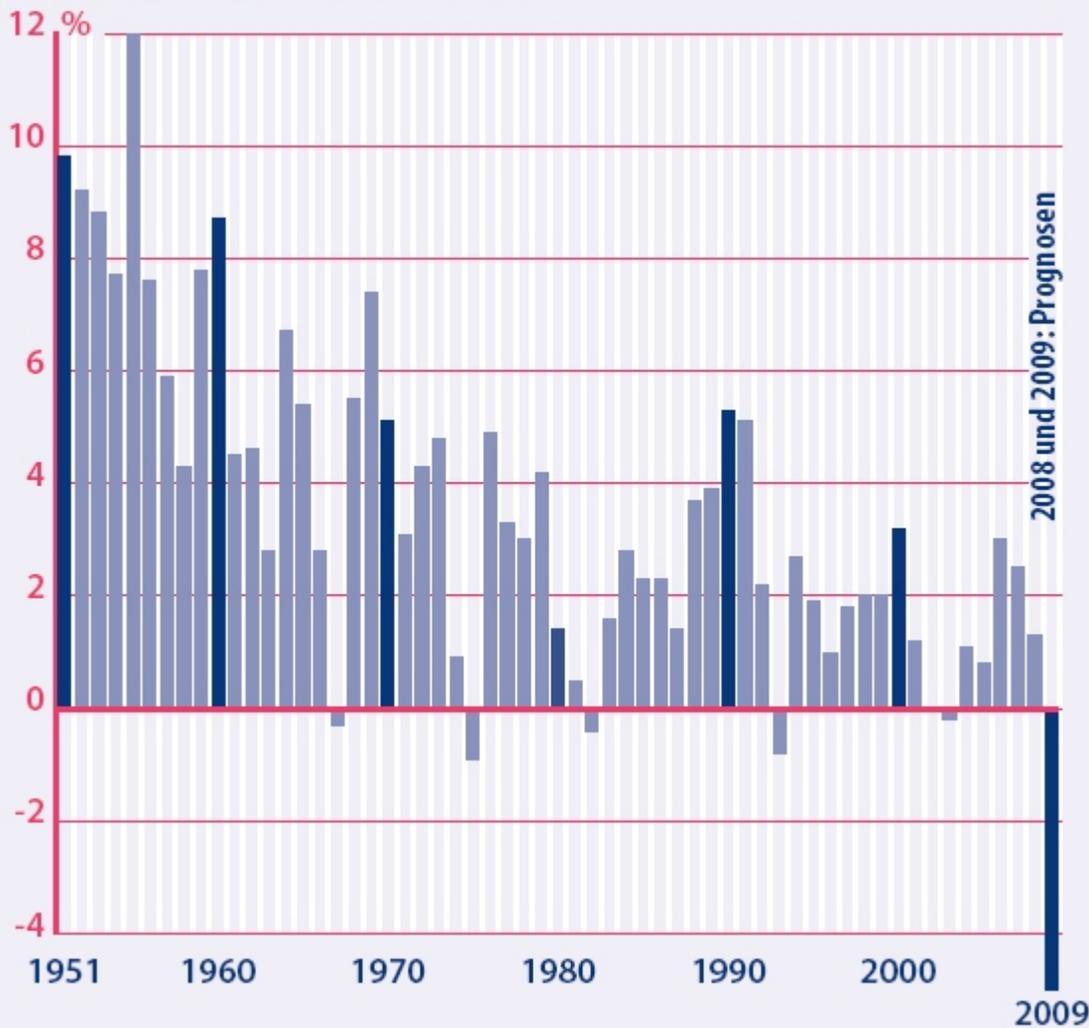
bedeutungslosen und zerstrittenen antikapitalistischen Richtungen sowieso düster.

Existierte eine Ausweglosigkeit für das Kapital, dann bräuchte man keinen Kampf um Reformen, sondern könnte abwarten, bis der Punkt der Ausweglosigkeit erreicht ist.

Konsequent antikapitalistische Reformforderungen sind nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil sie darauf abzielen, den kapitalistischen Ausweg aus der Krise, der zuletzt immer eine drastische Erhöhung des Ausbeutungsgrades von Lohnarbeit verlangt, zu verbauen und zu verhindern. Im Unterschied zu reformistischer Orientierung, geht es bei diesen Forderungen nicht um Reparatur des Systems, Schaffung von Bedingungen für ökonomisches Wachstum, sondern Verständigung über soziale Interessen der Lohnabhängigen, bei der keine Rücksicht auf Verwertungsinteressen, also "ökonomische Vernunft", genommen wird, die also tendenziell über das System hinausweisen können. Insofern sind die Kämpfe um solche Reformforderungen Meilensteine auf dem Weg zu einer sozialen Revolution, die mit der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum beginnen müsste.

Robert Schlosser
im Juli 2010

Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland



Wirtschaftskrise von 1857

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die **Wirtschaftskrise von 1857** war die erste Weltwirtschaftskrise. Sie begann am 24. August 1857 in New York, als eine Bank, die Ohio Life Insurance Company, ihre Zahlungen einstellen musste. Von dort ausgehend, breitete die Krise sich in hoher Geschwindigkeit über die gesamte Welt aus. Die Finanzzentren Europas und Amerikas waren besonders stark betroffen, aber auch in den Kolonien waren die Auswirkungen der Krise zu spüren.^[1]



Bank Run 1857

Inhaltsverzeichnis

- 1 Wirtschaftskrise in den USA
 - 1.1 Amerikanische Wirtschaft vor der Krise
 - 1.2 Verlauf der Wirtschaftskrise
 - 1.2.1 Die Banken in der Wirtschaftskrise
 - 1.2.2 Amerikanische Wirtschaft nach der Bankenkrise
 - 1.3 Folgen in den Vereinigten Staaten
 - 1.3.1 Finanzkrise der Regierung
 - 1.3.2 Gegensätze zwischen Nord- und Südstaaten verschärfen sich
- 2 Literatur
- 3 Einzelnachweise
- 4 Weblinks

Wirtschaftskrise in den USA

Die Wirtschaftskrise begann in den Vereinigten Staaten von Amerika.^[1] Ausgelöst wurde sie durch Spekulationen im Bahnsektor durch den Bankangestellten Edward Ludlow. Ihre Folgen beeinflussten die Politik der Regierung maßgeblich.

Amerikanische Wirtschaft vor der Krise

Die amerikanische Wirtschaft lässt sich in den 1850ern drei Regionen zuordnen. In jedem dieser Gebiete herrschte eine bestimmte Wirtschaftsform vor, obwohl natürlich auch andere Wirtschaftszweige in kleinem Umfang vorhanden waren. Dadurch entstand ein Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen untereinander, die für die Wirtschaftskrise von Bedeutung waren. Der Süden produzierte Tabak, Reis, Zucker und vor allem Baumwolle, welche in großem Umfang nach Europa verkauft wurde. Im Nordwesten wurden vor allem die landwirtschaftlichen Produkte Weizen, Mais und Schweinefleisch hergestellt. Der Nordosten war mit vielen Fabriken am weitesten in der Industrialisierung fortgeschritten, zudem waren viele Händler und Bankiers dort ansässig.^[2]

Der Süden brauchte zwar die Banken und Händler im Nordosten, weitaus wichtiger für den Wohlstand des Südens war jedoch England, da dorthin die meisten Produkte verkauft wurden. Der Nordwesten war mit dem Nordosten eng verbunden. Viele Eisenbahnlinien brachten die Nahrung aus dem Westen in den Osten, von wo sie oft weiter nach Europa verkauft wurde. Der Osten wiederum konnte viele Fertigwaren in den Westen verkaufen.^[3]

Als Ausgangssituation für die Krise wird vom Dictionary of American history die starke Spekulation angegeben: Nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg wurde wild in Eisenbahnbau, Wachstum der Industrie, Vergrößerung des Weizengürtels ("Grain Belt") und Land spekuliert.^[4] Dabei ist besonders wichtig, dass der Finanzmarkt des Nordostens auf hohe Preise in dem durch Eisenbahnen neu erschlossenen Westen und auf ein hohes Frachtaufkommen der dortigen Eisenbahnen spekulierte.^[5]

Verlauf der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise 1857 ging von den Banken aus. Erst durch das Versagen der Banken wurden auch andere wesentliche Zweige der amerikanischen Wirtschaft geschädigt, so dass es zu einer Depression kam.

Die Banken in der Wirtschaftskrise

Für das Versagen der Banken lassen sich verschiedene Gründe finden.

Als ab 1856 weit weniger Menschen als zuvor in den Westen zogen, vermutlich aufgrund politischer Unsicherheiten in Kansas, sanken die Landpreise wegen geringerer Nachfrage. Zudem fielen die Aktienpreise der Eisenbahngesellschaften, da es ein geringeres Transportaufkommen gab. Dadurch hatten die spekulierenden Banken weniger Geld zur Verfügung. C. W. Calomiris und L. Schweikart sehen dies als direkten Grund für die Bankenkrise.^[6]

Der 24. August 1857 wird als Beginn der Wirtschaftskrise angesehen. An dem

Tag erklärte Charles Stetson, der Präsident der Ohio Life Insurance Company:

“The unpleasant duty has devolved upon me to state that this company has suspended payment.”

- CHARLES STETSON^[7]

Die Bank hatte zu sehr in spekulative Anleihen für Eisenbahngesellschaften investiert. Dem New Yorker Büro der Ohio Life sind einige Fehler unterlaufen, möglicherweise war auch Betrug im Spiel.^[8]

Da viele Banken New Yorks der Ohio Life Insurance Company Kredit gegeben hatten, riefen die Banken ihre Darlehen von anderen kleineren Banken und Unternehmen zurück. Dadurch wurden viele dieser kleinen Banken und Unternehmen zahlungsunfähig. Dies wiederum führte zu Angst bei den Gläubigern dieser Banken, die daraufhin von den Banken Geld abhoben, so dass die Banken weitere Darlehen zurückverlangen mussten.^[8]

Diese Abwärtsspirale wurde noch durch folgende Faktoren begünstigt, die die Glaubwürdigkeit der Banken weiter infrage stellten: Erstens entschieden britische Gläubiger Geld von den amerikanischen Banken abzuheben.^[9] Zweitens sank ein Schiff, die *Central America*, mit etwa 3 Tonnen Gold, welches von den Goldminen Kaliforniens an die New Yorker Banken geliefert werden sollte.^[10]

Viele hofften Ende September noch, dass die Bauern des Südens und Westens ihre Ernte verkaufen würden und dadurch die allgemeine Geschäftslage verbessern könnten. Allerdings sanken die Weizenpreise deutlich, vermutlich da Europa nun, da der Krimkrieg zu Ende war, wieder große Mengen Weizen aus Russland zu günstigeren Preisen als aus Amerika importieren konnte. Bei den niedrigen Weizenpreisen weigerten sich viele Bauern des Westens ihre Ware zu verkaufen, daher konnten sie auch ihre Schulden nicht an die angeschlagenen Banken zurückzahlen.^[11]

Den ungünstigen Umständen konnten viele Banken nicht lange widerstehen, die kleinen und bald auch die größeren Banken mussten die Zahlung einstellen, um nicht Konkurs anmelden zu müssen. So konnte auch die besonders wichtige Philadelphia's Bank of Pennsylvania am 25. September kein Geld mehr an ihre Kunden auszahlen, weitere kleine Banken folgten. Die wichtigsten Banken in New York und Boston blieben zwar vorerst weiterhin offen, allerdings konnten auch sie kein Geld mehr an Unternehmer verleihen. Nachdem am 13. Oktober ein Mob mit mehr als 20 000 Menschen Geld abheben wollte, konnten auch die New Yorker Banken kein Geld mehr auszahlen, die meisten restlichen Banken in Amerika stellten daraufhin auch ihre Auszahlungen ein.^[12]

Zwei Monate später hatten die ersten Banken genügend große Reserven um wieder Geld auszahlen zu können. Die Bankenkrise war damit sehr kurz, aber für

die restliche Industrie äußerst schmerzlich. Mehr als 5000 Unternehmen konnten bis Ende 1857 ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen und mussten schließen.^[12]

Amerikanische Wirtschaft nach der Bankenkrise

Die Bauern im Nordwesten der Vereinigten Staaten konnten auch 1858 ihr Getreide nicht zu höheren Preisen verkaufen, da der vorher wichtige Exportmarkt nach Europa zusammengebrochen war. Die Wirtschaft des Nordostens war aber vom Markt im Westen abhängig. Dorthin wurden die Konsumgüter vor der Wirtschaftskrise verkauft. Da aber die Bauern hoch verschuldet waren, konnten sie kaum etwas vom Nordosten kaufen. Das Jahr 1858 wurde daher von Zeitgenossen in den Nordstaaten als eines der schlechtesten angesehen.^[13]

Die Wirtschaft konnte weniger Güter verkaufen, aufgrund der geringen Nachfrage wurden tausende Arbeiter entlassen. Für viele verbliebene Arbeiter wurden die Löhne um oftmals mehr als zehn Prozent gekürzt. Als Folge formten sich bread lines, in denen die Armen für Nahrung anstanden. Zahlreiche Streiks mit Forderungen nach Gewerkschaften und höheren Löhnen fanden statt. Der größte dieser Streiks begann am 22. Februar 1860, als die Schuhmacher in Lynn ihre Arbeit niederlegten. Im März streikten im ganzen Bundesstaat mehr als 35 000 Arbeiter, jedoch löste der Streik sich auf, als die Streikenden nicht mehr genügend Geld zur eigenen Versorgung hatten.^[14]

Ganz anders war die Situation im Süden. Zwar waren auch dort Auswirkungen der Bankenkrise zu spüren, allerdings konnten die Produkte des Südens, insbesondere Baumwolle, bereits 1858 wieder zu guten Preisen nach Europa verkauft werden. Dadurch kam es im Süden zu keiner schlimmen Krise. Auch die Eisenbahnen dort konnten im Gegensatz zu den nördlichen Eisenbahnen weiter gute Dividenden auszahlen.^[15] Da die Unternehmen des Nordostens ihre Produkte kaum noch im Nordwesten verkaufen konnten, suchten sie neue Absatzmärkte. Da die Finanzkraft der Menschen im Süden größer war, verkaufte der Nordosten im Laufe der Krise immer mehr an den Süden. Dadurch wurde der Norden insgesamt abhängiger von der Wirtschaft des Südens.^[16]

Die Wirtschaft im Nordosten erholte sich ab dem Frühjahr 1859 wieder langsam. Jedoch kam der Aufschwung im Norden erst im Sommer 1860, als Europa wieder die siebenfache Menge des in den Vorjahren exportierten Weizens aufkaufte. Dadurch verdienten die Bauern wie die Eisenbahnen im Nordwesten wieder gut, so dass auch wieder Geld vorhanden war, um die Produkte der Industrien im Osten zu kaufen. Die Produktion der Industrie erreichte erneut ein Niveau, wie es vor der Krise üblich war. Somit war die Wirtschaftskrise von 1857 im Sommer 1860 durchgestanden.^[17]

Folgen in den Vereinigten Staaten

Finanzkrise der Regierung

Durch die Wirtschaftskrise geriet die Regierung in eine ernste Finanznot. Seit 1817 erzielte die Regierung den größten Teil ihres Einkommens durch Zölle und den Verkauf des Landes.^[18] Die Einnahmen aus beiden Quellen gingen jedoch bedingt durch die Krise stark zurück. Erstens wurden viele Waren vor der Wirtschaftskrise aus dem industrialisierten Europa importiert. Durch die Wirtschaftskrise war aber die Nachfrage nach europäischen Waren in Amerika stark gesunken. Daher konnte auch die Regierung nur noch wenig Geld durch Zölle auf die Einfuhr von Waren einnehmen. Zweitens konnten auch die Ländereien im Westen während der Wirtschaftskrise kaum verkauft werden, da Menschen und Unternehmen kein Geld übrig hatten, um sich eine eigene Farm zu kaufen oder um mit Land zu spekulieren. Zudem konnten die Bauern, die bereits ihre Farm erworben, aber noch nicht bezahlt hatten, ihren Schuldendienst oftmals nicht erbringen. Normalerweise wurde das Land dann versteigert, jedoch war dies in Zeiten der Krise politisch nicht durchsetzbar, so dass die Landverkäufe zeitweise ausgesetzt wurden.^[19]

Um der Finanzkrise zu begegnen, musste die Regierung sparen. Zudem erlaubte der Kongress weitere Anleihen aufzunehmen. Dies geschah auf mehreren Sitzungen, zu anderen Kompromissen konnte sich der Kongress jedoch nicht durchringen, da sie entweder den Norden oder den Süden begünstigt hätten.^[20] Vom 1. Juli 1857 bis zum 1. Juli 1860 hatten sich die Schulden von \$28 Mio. auf \$64 Mio. mehr als verdoppelt.^[21]

Gegensätze zwischen Nord- und Südstaaten verschärfen sich

Durch die Krise verschärfen sich einige Gegensätze zwischen den Nord- und Südstaaten weiter, so dass es letztendlich zur Sezession der Südstaaten kam, die den amerikanischen Bürgerkrieg auslöste.

Im Laufe der Krise forderten die Nordstaaten, insbesondere Pennsylvania, Schutzzölle vor Waren aus Europa um die eigene Wirtschaft zu stützen. Für den Süden war jedoch die Finanzkrise der Regierung ein Vorteil, da man dort eine starke Regierung in Washington fürchtete, die sich gegen die Ausdehnung der Sklaverei wehren könnte.^[22]

Einige Nordstaaten forderten weiterhin, dass Ländereien im Westen verschenkt werden sollten.^[23] Man hoffte, dass arbeitslose Menschen dann ihre eigene Farm eröffnen und so selber für ihr Einkommen sorgen könnten.^[24] Für die Südstaaten war ein solches Gesetz aber nicht hinnehmbar, da zu erwarten war, dass Siedler aus dem Norden dann gegen Sklaverei in den Territorien stimmen würden und

die Sklaverei somit eingeschränkt werden würde.^[25] Daher konnte der Homestead Act erst 1862 erlassen werden.

Auch die Präsidentschaftswahl 1860 muss vor dem Hintergrund der gerade vergangenen Krise gesehen werden.^[4]

Literatur

englischsprachig

- Charles W. Calomiris, Larry Schweikart: *The panic of 1857 : origins, transmission, and containment*. In: *The journal of economic history*. - Vol. 51 Nr. 4 1991 - Cambridge Univ. Press, S. 807 - 834
- David Morier Evans: *The History of the Commercial Crisis, 1857-58 and the Stock Exchange Panic of 1859*.
- James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, ISBN 0-8071-1368-9
- David Mendell: *Shipwrecks's Gold has Tale to be told*. In: Chicago Tribune vom 8. August 1999, METRO CHICAGO, S. 1
- Kenneth M. Stampp: *America in 1857 : a nation on the brink*. Oxford University Press, New York [u. a.] 1990, ISBN 0-19-503902-5
- George Washington Van Vleck: *The Panic of 1857: An Analytical Study*. 1943

deutschsprachig

- Gerhard Ahrens: *Staat und Kaufmannschaft in Hamburg während der ersten Weltwirtschaftskrise*. Hamburg, 1986, ISBN 3-923356-11-0
- Bernd Hasloop: *Wirtschaftskrise von 1857. Dargestellt am Beispiel Lübecks*. Lübeck, 1981
- Hans Rosenberg: *Die Weltwirtschaftskrise 1857-1859*. 2. Auflage 1974, ISBN 3-525-33359-5

Einzelnachweise

1. ↑ boerse.de Finanzportal GmbH: Die Weltwirtschaftskrise 1857 (Teil 1 USA) (<http://nachrichten.boerse.de/wissen.php3?text=grundlagen&gebiet=grl02&start=0&id=3a9ff64#content>) . 17. Dez. 2001
2. James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 3-4 ISBN 0-8071-1368-9
3. James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 4-5 ISBN

0-8071-1368-9

4. ↑ James Truslow Adams (ed.): Panic of 1857. In: Dictionary of American History. - 2nd ed., revised. 1940 - New York : Charles Scribners's Sons
5. Charles W. Calomiris und Larry Schweikart: The panic of 1857 : origins, transmission, and containment. In: The journal of economic history. - Vol. 51 Nr. 4 1991 - Cambridge Univ. Press, S. 809
6. Charles W. Calomiris und Larry Schweikart: The panic of 1857 : origins, transmission, and containment. In: The journal of economic history. - Vol. 51 Nr. 4 1991 - Cambridge Univ. Press, S. 810 - 813, 816, 818
7. Zitiert nach Kenneth M. Stampp: America in 1857 : a nation on the brink. Oxford University Press, New York [u. a.] 1990, S. 222 ISBN 0-19-503902-5
8. ↑ Kenneth M. Stampp: America in 1857 : a nation on the brink. Oxford University Press, New York [u. a.] 1990, S. 222 ISBN 0-19-503902-5
9. Wikipedia Contributors: Panic of 1857 (http://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Panic_of_1857&oldid=51467410) . 26. Feb. 2006
10. David Mendell: Shipwrecks's Gold has Tale to be told. In: Chicago Tribune vom 8. August 1999, METRO CHICAGO, S. 1
11. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 18f ISBN 0-8071-1368-9
12. ↑ Kenneth M. Stampp: America in 1857 : a nation on the brink. Oxford University Press, New York [u. a.] 1990, S. 224 ISBN 0-19-503902-5
13. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 30ff ISBN 0-8071-1368-9
14. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 220ff ISBN 0-8071-1368-9
15. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 33 ISBN 0-8071-1368-9
16. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 216 ISBN 0-8071-1368-9
17. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 210ff ISBN 0-8071-1368-9
18. United States Department of the Treasury: Fact Sheets: Taxes - History of the U.S. Tax System (<http://www.treas.gov/education/fact-sheets/taxes/ustax.shtml>) . 15. März 2006
19. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War. Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 129 ISBN 0-8071-1368-9
20. James L. Huston: The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War.

Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 133, 193
ISBN 0-8071-1368-9

21. United States Department of the Treasury, Bureau of the Public Debt:
Historical Debt Outstanding - Annual 1850 - 1899
(<http://www.publicdebt.treas.gov/opd/opdhisto2.htm>) . 6. Okt. 2004
22. James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*.
Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 175ff
ISBN 0-8071-1368-9
23. Congressional Globe: Homestead Bill. 35th Congress, 1st Session. S. 2425
(<http://international.loc.gov/ll/lc/g/047/0300/03792425.tif>) . 1858
24. James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*.
Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 102 ISBN
0-8071-1368-9
25. James L. Huston: *The Panic of 1857 and the Coming of the Civil War*.
Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA [u. a.] 1987, S. 127f,
197, 247f ISBN 0-8071-1368-9

Weblinks

- *Der tickende Zusammenbruch* (<http://www.woz.ch/artikel/2007/nr32/wirtschaft/15253.html>) , Artikel von Till Hein in der *WOZ*, 9. August 2007
- *Weltwirtschaft: Alles ist weg* (<http://www.zeit.de/2007/42/A-Wirtschaftskrise-1857>) , Artikel von Wolfgang Uchatius in der *Zeit*, Nr. 42, 11. Oktober 2007
- *Kursstürze in Rekordgeschwindigkeit* (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30044/1.html>) , Artikel von Artur P. Schmidt in *Telepolis*, 11. April 2009

Von „http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftskrise_von_1857“

Kategorien: 1857 | Wirtschaftskrise | Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten | Geschichte der Vereinigten Staaten (1849-1865)

- Diese Seite wurde zuletzt am 25. Januar 2010 um 04:11 Uhr geändert.
 - Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.
- Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

- Datenschutz
- Über Wikipedia
- Impressum

Gründerkrach

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Als **Gründerkrach** bezeichnet man den Börsenkrach des Jahres 1873, wobei im Speziellen der Einbruch der Finanzmärkte gemeint ist. Dieser Börsenkrach gilt als Ende der Gründerzeit, und die nachfolgende Depressionsphase ist als **Gründerkrise** bekannt. Der Krise vorausgegangen war eine Überhitzung der Konjunktur, die von verschiedenen Faktoren begünstigt worden war – in Deutschland vor allem durch den gewonnenen Krieg gegen Frankreich 1870/71, die daraus erworbenen Reparationszahlungen Frankreichs und die Reichsgründung.

Die Begriffe „Gründerzeit“, „Gründerkrach“ und „Gründerkrise“ werden insbesondere auf die Situation im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn angewendet, wobei 1873 aber weltweit Finanzmärkte einbrachen. Die Volkswirtschaften der industrialisierten Staaten gingen in eine Phase des verlangsamten Wachstums und der Deflation über, der bis in die 1890er Jahre anhielt. Von Wirtschaftstheoretikern der 1920er Jahre wurde dafür der Begriff „Große Depression“ geprägt.



Ein Bank Run in New York
im Jahr 1873

Inhaltsverzeichnis

- 1 Faktoren ab 1870 in Deutschland
- 2 Gründerkrach von 1873
- 3 Folgen der Gründerkrise
 - 3.1 Antisemitismus
- 4 Folgen der neuen gesetzlichen Bestimmungen
- 5 Quellen

Faktoren ab 1870 in Deutschland

Die Zeit ab 1870 war in Deutschland geprägt durch zahlreiche Gründungen von

Firmen und Aktiengesellschaften, die starke Erweiterung der Industrieproduktion und die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die im Deutschen Reich maßgeblich durch den Eisenbahnpionier Bethel Henry Strousberg betrieben wurde. Dieses Wachstum wurde durch mehrere Faktoren hervorgerufen und wurde außerdem von einer allgemeinen Euphorie bezüglich der wirtschaftlichen und, besonders in Deutschland durch die Reichsgründung, der allgemeinen Entwicklung begünstigt.

Ein Faktor war der Sieg im Deutsch-Französischen Krieg, der sich in mehrerlei Hinsichten auswirkte. Zunächst flossen durch den Frieden von Frankfurt französische Reparationszahlungen in Höhe von etwa fünf Milliarden Francs (was etwa 4,5 Mrd. Mark entsprach) nach Deutschland, von denen etwa 2,5 bis 3 Mrd. Francs direkt dem deutschen Kapitalmarkt (Kreditinstitute und Börsenplätze) zugute kamen. Weiterhin war während der Einigungskriege 1864–1871 ein großer Teil der Industrieproduktion auf den Krieg ausgerichtet gewesen, sodass nun längst Überfälliges realisiert werden konnte. Der Aufschwung glich also lediglich die Reduzierung der Industrieproduktion in den vorherigen Jahren aus. Die Schaffung eines größeren Wirtschaftsraumes durch die Reichsgründung hatte ebenfalls einen belebenden Einfluss auf die wirtschaftliche Konjunktur.

Ein weiterer Grund für das wirtschaftliche Wachstum war, dass in Deutschland 1870 die Konzessionspflicht für Aktiengesellschaften aufgehoben wurde; das heißt, die Gründung von Aktiengesellschaften unterlag weniger strengen gesetzlichen Einschränkungen (vgl. Gewerbefreiheit). Zum Beispiel konnte eine Aktiengesellschaft mit nur 50 % des Nennwertes ausgestattet werden. Die Folge war die Gründung von über 500 Aktiengesellschaften im Zeitraum von 1871 bis 1873 allein in Preußen. Dadurch wurde immer mehr privates Kapital in die Wirtschaft investiert. Es etablierten sich 61 neue Banken. Die Wirtschaft wuchs rasant; ebenso stiegen die Kurse der Aktien. Das schaffte Vertrauen in den Markt und veranlasste weitere Aktionäre zu Aktienkäufen.

Die Börse wurde zu diesem Zeitpunkt zum Schauplatz zügelloser Spekulationen, wobei die Wertsteigerungen zusätzlich die Spekulationslust steigerten. Dies führte dazu, dass schon bald die Grundsätze seriöser Finanzierung außer Acht gelassen und auch Kredite langfristig vergeben wurden, die de facto durch kurzfristiges Kapital finanziert und in Folge dessen nicht mehr gedeckt waren. Allgemein herrschte oft die naive Denkweise vor, die Banken könnten immer mehr Kapital zur Verfügung stellen.

Die Folge des rasanten wirtschaftlichen Aufstieges waren unter anderem eine Überproduktion und die Schaffung von Überkapazitäten, die die Nachfrage überstiegen. Außerdem waren viele der oben genannten Aktien überbewertet. Letztlich waren auch langfristige Investitionen besonders im Eisenbahnenbau getätigt worden, die nun nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Ab Mai 1873 sanken allmählich auch die Aktienkurse.

Gründerkrach von 1873

Den unmittelbaren Ausgang nahm der Gründerkrach jedoch in Österreich-Ungarn. Auch dort hatte es in den Jahren seit 1867 ein starkes Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer großen Fortschrittseuphorie, gegeben. Diese wurde weiter angeheizt durch die Planung der Weltausstellung, die am 1. Mai 1873 in Wien eröffnet wurde. Das Kaiserreich wollte sich dabei sieben Jahre nach der Niederlage von Königgrätz international als fortschrittliches Land mit einer starken Wirtschaft präsentieren, wofür keine Kosten und Mühen gescheut wurden. Die Presse war angehalten im Vorfeld der Weltausstellung nur positiv zu berichten und die Politik der Regierung zeichnete sich in dieser Zeit durch eine ausgesprochen liberale Laissez-Faire-Haltung gegenüber den neu gegründeten Banken und Industriebetrieben aus. Nur bei großen Skandalen wurde zaghaft in die Wirtschaft eingegriffen, so wurde etwa 1872 die k. k. priv. Lemberg-Czernowitz-Jassy-Eisenbahngesellschaft unter staatliche Kuratel gestellt, nachdem es zu untragbaren Mängeln und Eisenbahnunglücken gekommen war. So kam es durch den vorherrschenden Optimismus zu einer großen Spekulationsblase, in den Monaten vor der Weltausstellung stiegen die Aktienkurse an der Wiener Börse in astronomische Höhen, genau so wie die Immobilienpreise in Wien und anderen Städten der Habsburger Monarchie. Zur Finanzierung von Bauprojekten wurden von den Hypothekenbanken leichtfertig Pfandbriefe ausgegeben, denen als Sicherheit oft nur halbfertige Häuser, später gar nur geplante Häuser dienten.^[1] Aktien konnten auch damals schon lediglich durch Hinterlegung einer Teilsumme (heute Margin genannt) erworben werden, mit später folgender Zahlung des Restbetrages. Dadurch konnten auch liquiditätsschwache Personen große Aktienpositionen aufbauen, da man von stetig steigenden Kursen ausging. Den später fälligen Nachzahlungsbetrag wollten die Spekulanten dabei einfach aus den erzielten Kursgewinnen begleichen.

Ein weiterer Grund zur Aufheizung der Wiener Börse war der Zufluss von deutschem Kapital. Die französischen Reparationszahlungen wurden im neu gegründeten Deutschen Reich von der Regierung Bismarck hauptsächlich zur Tilgung von Staatsanleihen verwendet. Dadurch mussten sich private Investoren andere, risikoreichere Anlageformen suchen. Der hauptsächlich auf Anleihen konzentrierte Börsenplatz Frankfurt verlor in diesen Jahren zusehends an Bedeutung und deutsches Privatkapital floss nach Wien. Dabei waren schon damals die größeren Aktienwerte (heute würde man Blue Chips sagen) an mehreren Börsen gelistet. Durch die Einführung der Telegraphie konnten die Kurse und Kauforders zwischen diesen Handelsplätzen rasch übermittelt werden und so wurden etwa die k. k. privilegierte Österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, die k. k. privilegierte österreichische Staatseisenbahngesellschaft und die *„Vereinigte Südösterreichische, Lombardische und Central-Italienische Eisenbahngesellschaft“* nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin, Frankfurt, und Paris, letztere auch noch in London gehandelt.^[2]

Am 5. Mai 1873 kam es erstmals zu größeren Kursverlusten, als die Franko-Ungarische Bank mit Sitz in Pest, die zuvor der Star der Wiener Börse gewesen war, erstmals die Nachzahlung der noch ausstehenden Nominale einforderte. Noch zwei Wochen davor hatte diese Bank eine Überdividende von 12,5 % versprochen. Dies löste eine erste Vertrauenskrise aus und brachte zahlreiche Anleger in Zahlungsschwierigkeiten. Als dann am Freitag den 9. Mai, nur eine Woche nach Eröffnung der Weltausstellung, die Insolvenzen mit 120 eine bisher nicht gekannte Zahl an einem einzigen Tag erreichte, darunter das Bankhaus Mayersberg & Russow^[3], kam es zu dramatischen Kursverlusten, um 13 Uhr wurde die Börse polizeilich geschlossen. Dieser Tag ist auch als Schwarzer Freitag in die Geschichte der Wiener Börse eingegangen. Danach setzte eine Prolongationskrise ein, das heißt kurzfristige Kredite wurden nicht mehr verlängert, was weitere Anleger zahlungsunfähig machte. Aufgrund dieser Ereignisse wurden immer mehr Anleger und Bankkunden misstrauisch, verkauften ihre Wertpapiere und „räumten ihre Konten“ aus Angst vor Wertverlusten. Dadurch wurde dem Kapitalmarkt viel Geld entzogen, was die Krise auf immer mehr europäische und amerikanische Börsenplätze ausweitete. Am 19. September 1873 erreichte die Krise New York, wo der Bankrott des vor allem in Eisenbahnen und Immobilien investierten Bankhaus „Jay Cooke & Company“ eine regelrechte Panik auslöste. Die New Yorker Börse wurde daraufhin zum ersten Mal in ihrer Geschichte bis zum 29. September geschlossen. Im Oktober 1873 war mit dem Zusammenbruch der Quistorp'schen Vereinsbank auch Berlin betroffen und ein weitgreifender Zusammenbruch von Börsen-, Aktien- und Spekulationsunternehmen begann. Zur gleichen Zeit erging an Deutschland die letzte Kriegskontributionszahlung aus Frankreich. Diese Art von Kapitalquelle fiel für die deutsche Industrie also in Zukunft aus. Allein in Österreich-Ungarn war ein Großteil der Banken durch den Gründerkrach verschwunden, sowie etwa die Hälfte der in den Jahren zuvor gegründeten Aktiengesellschaften.^[4]



Der Schwarze Freitag an der Wiener Börse, 9. Mai 1873

Die Wirtschaft steckte fortan in einer Krise. Ende 1873 stiegen die Zinsen für Kredite stark an, was besonders Eisenbahngesellschaften in Bedrängnis brachte. In der Industrie ging die Produktion zurück, es kam zu umfangreichen Entlassungen und Lohnkürzungen. Ein allgemeiner Rückgang der Nachfrage, der Kaufkraft, des Konsums, der Investitionen und der Preise war zu verzeichnen. Der Kurswert von 444 deutschen Aktiengesellschaften sank vom Dezember 1872 bis zum Dezember 1874 um ca. 2 Mrd. Mark.^[5] Offenbarungseide, Selbstmorde und Familientragödien häuften sich. Viele Menschen wanderten nach Amerika aus.

Man kann beim Gründerkrach eigentlich nicht von einer Depression, sondern nur von einer Stagnation sprechen, da in dieser Zeit nur die in den vorhergehenden Jahren überhöhten Wachstumsraten ausgeglichen wurden. Auch die gesamte Zeit von ca. 1873 - 1890 war nicht eine, wie von den Zeitgenossen wahrgenommen, große Depression, sondern vielmehr eine Zeit des schwankenden Wirtschaftswachstums. Die unmittelbare Krise des Gründerkrachs dauerte in den USA etwa vier Jahre, in Europa sechs. Ab 1879 stellte sich wieder eine leichte Belebung der Wirtschaft ein.

Folgen der Gründerkrise

Die Gründerkrise hatte zur Folge, dass der Staat wieder mehr in die Wirtschaftsabläufe eingriff und sich somit vom Wirtschaftsliberalismus verabschiedete. Konkret bedeutete dies die Abkehr von der Idee des Freihandels. Es war auch gleichzeitig der Beginn des Neo-Merkantilismus und von Bismarcks Schutzzollpolitik: Der Staat sollte jetzt, im Gegensatz zum Wirtschaftsliberalismus, wieder bedingt in die Wirtschaftssteuerung eingreifen.

So führte man Schutzzölle auf ausländische Importe ein, um den deutschen Markt zu schützen. Im Deutschen Reich wurde das Preisniveau künstlich über dem des Weltmarktniveaus gehalten. Diese Zölle wurden sowohl auf Rohstoffe und Fertigwaren als auch auf landwirtschaftliche Erzeugnisse erhoben.

Tatsächlich erhöhten sich dadurch die Preise für Industriewaren, die lang anhaltende Aufwärtsbewegung blieb jedoch aus. Die während der Gründerjahre geschaffenen Überkapazitäten existierten schließlich immer noch und konnten auch jetzt noch nicht im Ausland abgesetzt werden, da viele andere europäische Staaten ebenfalls zu protektionistischen Maßnahmen griffen.

Der verlorene Glaube an die liberale Wirtschaftspolitik drückte sich auch darin aus, dass die Nationalliberale Partei 1871 im deutschen Reichstag mit 125 Sitzen (etwa 31 %) vertreten war, 1881 aber mit 47 Sitzen nur noch einen Anteil von etwa 12 % hatte.

Die von der Krise betroffenen Wirtschaftsbereiche ergänzten die staatlichen Maßnahmen durch eigene. Kartelle, und ähnliche Zusammenschlüsse wurden gegründet, um wettbewerbsbehindernde Absprachen zu treffen, die vor einem weiteren Preisverfall schützen sollten. Preise von Produkten, Produktionszahlen und Absatzgebiete wurden unter den Firmen ausgehandelt.

Es schlossen sich Interessenverbände zusammen, um Forderungen gegenüber der Regierung durchzusetzen. Arbeitgeberverbände wurden gegründet; auf der anderen Seite entstanden immer mehr Gewerkschaften.

Ebenfalls eine Folge des Börsenkrachs war der „Theaterkrach“ bzw. Theaterkrise im gesamten deutschsprachigen Raum - der Zusammenbruch der Theaterszene

als Folge ausbleibender Kundschaft.^[6]

Antisemitismus

Die Gründerkrise führt nicht zuletzt zu Verschwörungstheorien, die mit Kritik an der Hochfinanz verbunden wurden und somit zu einer weiten Ausbreitung und Radikalisierung des Antisemitismus, der in den 1880er-Jahren zu einer breiten Unterströmung wurde. In dieser Wahrnehmung erfolgte eine Trennung in einerseits das "raffende" Finanzkapital und das "schaffende" Produktionskapital. Der "gute" "bodenständige" "deutsche" Fabrikbesitzer wurde von antisemitischen Agitatoren (z.B. von Alexander Pinkert oder Theodor Fritsch) in diesem Stereotyp dem "raffenden", "gierigen", "blutsaugenden", "jüdischen" Finanzkapitalist in Form des "Plutokraten" und "Wucherers" entgegengestellt^[7]. In der öffentlichen Debatte in Deutschland kam es zum Berliner Antisemitismustreit von 1879 bis 1881, bei dem die sogenannte "Judenfrage" gestellt wurde und um "den Einfluss des Judentums" gestritten wurde.^[8]

Folgen der neuen gesetzlichen Bestimmungen

Aufgrund der Einfuhrzölle stiegen die Lebenshaltungskosten in der Folgezeit an; besonders Lebensmittel und Industriewaren wurden teurer. Bevor die Importzölle auf Getreide erhoben worden waren, war es erheblich günstiger aus dem Ausland zu importieren. Durch die steigenden Zölle wurde dies zunehmend reduziert, so dass die Preise für Brot und andere Getreideprodukte um die Jahrhundertwende bei etwa 130 % des Weltmarktniveaus lagen, jedoch eine Vollbeschäftigung in der Landwirtschaft erreicht wurde.

Zwar sanken auch im Deutschen Reich die Preise für Industriewaren. Allerdings fielen die Preissenkungen auf dem Weltmarkt wesentlich höher aus, sodass man relativ zum Weltmarktniveau von einer Preissteigerung sprechen kann. Nichtsdestoweniger wurde für Industriewaren 1886 im Vergleich zu 1871 etwa 80 % mehr ausgegeben. Dies hing damit zusammen, dass solche Güter immer häufiger konsumiert wurden und die Bevölkerung trotz der Auswanderungswelle gewachsen war.

Gemessen an der Wertschöpfung in Industrie und Handwerk, dem Kapitalstock und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum entwickelte sich die Wirtschaft ab 1879/1880 also positiv.

Quellen

1. Die Presse: Finanzkrise: Genau wie damals beim Gründerkrach (<http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/494325/index.do>) (11. Juli 2009)

2. Österreichische Nationalbank: Markus Baltzer: European Financial Market Integration in the Gründerboom and Gründerkrach: Evidence from European Cross-Listings (http://www.oenb.at/de/img/wp111_tcm14-38080.pdf) (PDF)
3. Sozialdemokratischer Pressedienst vom 16. Juli 1931 (<http://library.fes.de/spdpdalt/19310716.pdf>) , Seite 21 (PDF)
4. aeiou-Lexikon: Schwarzer Freitag (<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.s/s454783.htm>)
5. Henning, Friedrich-Wilhelm, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd.2, Paderborn 1996
6. Georg Wacks: *Die Budapester Orpheumgesellschaft - Ein Varieté in Wien 1889-1919*. Verlag Holzhausen, Wien 2002, ISBN 3-85493-054-2, S. 2f
7. Matthias Piefel: *Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879-1914* (Berichte und Studien Nr. 46 des Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden). V&R unipress Göttingen, 2004. ISBN 3-89971-187-4
8. Gerhard Hanloser: *Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute*. Münster, 2004.

Von „<http://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCnderkrach>“

Kategorien: Wirtschaftsgeschichte | Reichsfinanzwesen | Wirtschaftskrise | Finanzkrise | 1873

- Diese Seite wurde zuletzt am 30. Juni 2010 um 21:04 Uhr geändert.
 - Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.
- Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.
- Datenschutz
 - Über Wikipedia
 - Impressum

Weltwirtschaftskrise

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Als **Weltwirtschaftskrise** bezeichnet man den 1929 einsetzenden schweren volkswirtschaftlichen Einbruch in allen Industrienationen, der sich unter anderem in Unternehmenszusammenbrüchen, massiver Arbeitslosigkeit und Deflation äußerte. Die Gleichzeitigkeit der Krisenerscheinungen wurde gefördert durch die gewachsene Verzahnung der Einzelwirtschaften und Finanzströme (Kapitalmobilität). Die Weltwirtschaftskrise beendete die so genannten „Goldenen zwanziger Jahre“.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Übersicht
- 2 Ursachen
- 3 Produktion
- 4 Arbeitsmarktsituation
- 5 Bankenkrise
- 6 Außenhandel
- 7 Maßnahmen zur Überwindung und Auswirkungen in Deutschland
- 8 Siehe auch
- 9 Literatur
- 10 Filmische Erklärungsversuche
- 11 Weblinks
- 12 Fußnoten



Die Krise stürzte viele Familien in bittere Not:
Wanderarbeiterin,
Kalifornien 1936
(Fotograf:in: Dorothea Lange)

Übersicht

Aufgrund der Überproduktion von Konsumgütern und landwirtschaftlichen Produkten übertraf das Angebot die Nachfrage, was zu einem Produktionsstillstand in einigen Unternehmen führte. Eine Depression war die Folge. Viele Unternehmen meldeten Konkurs an und entließen ihre Arbeiter.

Die sogenannten „Goldenen Zwanziger“ in Europa wurden hauptsächlich über kurzfristige Kredite in Milliardenhöhe finanziert. Diese forderten die Vereinigten Staaten beim Einbruch der dortigen Volkswirtschaft zurück, da die Banken zahlungsunfähig waren. Viele Bürger hatten sich zur Zeit des Aufschwungs mit Aktien an der guten wirtschaftlichen Lage beteiligen wollen. Der Verkauf von über 16 Millionen Aktien am 24. Oktober 1929, dem Schwarzen Donnerstag, ließ den US-amerikanischen Aktienmarkt zusammenbrechen. Dies führte zu einer Umkehr der Finanzströme. Gelder, die in den Jahren davor in andere Volkswirtschaften investiert worden waren, wurden überstürzt abgezogen. In vielen europäischen Staaten und in anderen Staaten der Welt löste dieser Kreditabzug schwerste wirtschaftliche Krisenerscheinungen aus. In der Kette der Ereignisse kam es unter anderem zu Massenarbeitslosigkeit und einem massiven Rückgang des Welthandels durch protektionistische Maßnahmen.

In den einzelnen Staaten wurde unterschiedlich auf die Herausforderung reagiert: Ausgehend von den skandinavischen Ländern, insbesondere Schweden, begannen die funktionierenden Demokratien mit dem Übergang zum Wohlfahrtsstaat, in das Marktgeschehen einzugreifen. Zaghafte Reformansätze des US-Präsidenten Hoover, um die Große Depression zu überwinden, wurden ab 1933 als New Deal von seinem Nachfolger Franklin D. Roosevelt verstärkt, so auch durch wachstumsfördernde öffentliche Investitionen, die durch Deficit spending (vermehrte Schuldenaufnahme) finanziert wurden. Viele Staaten wie Großbritannien koppelten ihre Währungen vom Golddevisenstandard ab und konnten so wenigstens ihre Währungsreserven erhalten. Das Deutsche Reich unter Reichskanzler Heinrich Brüning versuchte dagegen, durch Stärkung seiner Währung, einhergehend mit rapidem Sozialabbau, aus der Krise zu kommen. Dies trug zu einer Radikalisierung der Politik bei, die den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigte.

Als Folge der Weltwirtschaftskrise fand ein Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre statt. Die bisher geltende klassische Wirtschaftstheorie wurde weitgehend vom Keynesianismus abgelöst. Dieser forderte stärkere staatliche Eingriffe und stellte die Nachfrage in den Vordergrund. Diese Änderung der Wirtschaftspolitik wurde in den Folgejahrzehnten jedoch teilweise rückgängig gemacht.

Ursachen

Die Weltwirtschaftskrise kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Die Krise ging von einem weltweiten Preisverfall auf den Agrar- und Rohstoffmärkten aus. Im Ersten Weltkrieg hatten die USA, Südamerika und auch einige Kolonien ihre Produktion stark ausgeweitet, um die gewachsene Nachfrage der europäischen Staaten, die als Produzenten kriegsbedingt weitgehend ausfielen, zu befriedigen. Als Europa seine Produktion nach 1918 dann wieder aufnahm, kam es zu einem Überangebot, das zu deutlich fallenden Preisen führte.

Der Börsenkrach an der New Yorker Börse vom Oktober 1929 hatte eine ähnliche Wirkung. Er war die Folge von Überproduktion und kreditfinanzierter Massenspekulation. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die USA ihre Produktionskapazitäten – vor allem bezüglich der neuen Konsumgüter wie Automobile, Kühlschränke, Fotoapparate – massiv ausgebaut, um den aus dem Nichts entstandenen landesweiten Bedarf decken zu können. Als der Markt gegen Ende der zwanziger Jahre zunehmend gesättigt war, stand die Industrie vor einem Abgrund. Gleichzeitig mit dem industriellen Aufschwung hatte sich ein Spekulationsfieber ausgebreitet, das auch die nicht traditionell mit der Börse in Verbindung stehenden Gesellschaftsschichten erfasste. Um Aktien kaufen zu können, von deren baldigem dramatischem Kursgewinn sie überzeugt waren, nahmen viele Menschen kurzfristige Kredite auf, teilweise zu horrenden Zinssätzen. Sobald sich an der Börse die ersten Anzeichen eines Abschwungs regten, stießen viele Spekulanten, um sich vor dem Schlimmsten zu retten, ihre Wertpapiere ab, was den Verfall der Kurse noch weiter beschleunigte. Zwar wird der 25. Oktober 1929 als Schwarzer Freitag bezeichnet, die stärksten Rückgänge des New Yorker Dow Jones Index wurden allerdings am 24. Oktober um 12,8 Prozent und am 29. Oktober um noch einmal 11,7 Prozent festgestellt.

Der Absturz vom Boom in die Depression erfolgte 1929 völlig überraschend, und die Schockwellen der Krise breiteten sich von der Wall Street rasch über die amerikanische Nation und die ganze Welt aus. Obwohl der Außenhandel nur fünf Prozent des Nationaleinkommens ausmachte, nahmen die Vereinigten Staaten doch eine herausragende Position in der Weltwirtschaft ein: 1929 erzeugten sie fast die Hälfte der industriellen Güter und waren mit Abstand die größte Exportnation.

Neben dem Börsenkrach und dem Preisverfall auf den Rohstoffmärkten spielte beim Ausbruch der weltweiten Krise noch die zunehmend protektionistische Zollpolitik einiger Länder eine Rolle. Hier machten die USA mit dem Smoot-Hawley-Tarif 1930 den Anfang, der eine Welle von ähnlichen Zollerhöhungen in den Partnerländern zur Folge hatte. Diese Schutzzölle auf bestimmte Güter dämpften den Welthandel erheblich. Im Deutschen Reich entstanden beispielsweise Importpreise, die das Zweieinhalbfache des Weltmarktpreises betrug. Der Krach selbst machte sich auf den internationalen Märkten als Wegfall der amerikanischen Nachfrage bemerkbar, wodurch die Preise international sanken. Daraus resultierten Produktionssenkungen und Arbeitslosigkeit.

Vor allem klassisch-liberale Ökonomen sehen zudem als weitere Ursache für die Weltwirtschaftskrise die Reduzierung der Geldmenge in den USA um 30 % zwischen den Jahren 1929 und 1933. Milton Friedman wies darauf in seinem Werk *A Monetary History of the United States* hin.

Ökonomen der Österreichischen Schule führen die starke Expansion der Geldmenge in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise und die resultierende

Fehlallokation von Kapital als Ursache an. Nach dieser Ansicht war der wirtschaftliche Einbruch eine Korrektur der zuvor durch expansive Geldpolitik entstandenen Vermögenspreisblasen.^[1]

Die These, dass auch die deutschen Reparationszahlungen eine Ursache der Weltwirtschaftskrise waren, da sie als Zahlungen ohne Gegenwert zu verwirrenden Zinsgefällen beitrugen, wird von den Wirtschaftshistorikern nicht einhellig geteilt. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte hingegen bereits nach Bekanntwerden der Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles vor erheblichen negativen Folgen für die Gesamtwirtschaft gewarnt.

Produktion

Da die Börsenkurse nicht die wirtschaftliche Entwicklung wiedergeben, sondern aus spekulativen Gründen oft entgegengesetzte Trends zeigen, ist es wichtig, sich die Entwicklung der industriellen Produktion genauer anzusehen. Im Vergleich zeigt sich, dass die Börsenkurse in den USA trotz einer Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung bis Mitte 1928 ganz extrem angestiegen waren. In Deutschland dagegen war 1929 bereits ein Schrumpfen der Wirtschaft von 2 % zu verzeichnen. Also war die Wirtschaftskrise auch in der Produktion nicht der Auslöser für den Abwärtstrend, denn diese Entwicklung hatte gleichfalls vorher eingesetzt. Die Wirtschaftskrise hatte in Deutschland nicht nur früher begonnen als in den USA, sondern hatte auch nicht so starke Auswirkungen auf die Produktion gehabt. Bereits 1928 spitzte sich der Widerspruch zwischen der Ausdehnung der Produktionskapazität und der verringerten Nachfrage zu. Bis Mitte 1929 kann man nur von einer Stagnation der Produktion sprechen, die aber mit einer steigenden Arbeitslosigkeit einherging. Die Industrieproduktion halbierte sich bis 1932 und die Aktien verloren sogar zwei Drittel ihres Wertes. Mitte 1931 wirkte sich der Zusammenbruch der Banken auf große Industriekonzerne aus, die durch die Schließung der Banken an Kreditaufnahme und Neuinvestitionen gehindert wurden.

Im internationalen Vergleich ist unschwer zu erkennen, dass es in jedem Land einen anderen Kursverlauf gab. Zwar erfolgte überall ein Abwärtstrend; Ausmaß, Anfangszeitpunkt und Ende der Krise waren aber sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede hatten mehrere Ursachen. Allein schon die Stärke des Gegensatzes zwischen übermäßigem Angebot und der verringerten Nachfrage in den einzelnen Ländern spielte hier eine Rolle, ebenso die Frage, wie exportabhängig die inländische Produktion war. In Ländern, in denen viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft arbeiteten und die zusätzlich nur wenig exportorientiert waren, wirkte sich die Krise weniger stark aus. In Deutschland betrug der Anteil der im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten dagegen nur 30 %. Zu Beginn der Krise erfolgte in der Agrarproduktion auch anfangs kein Abwärtstrend. Im Gegenteil, ab 1931 wurde die Produktion von Nahrungsmitteln sogar

ausgeweitet, um einen Ausgleich zu den Einkommensverlusten durch die Preisrückstände zu schaffen.

Arbeitsmarktsituation

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland schien sich bis 1930 nicht von den Jahren zuvor zu unterscheiden. Die Zahl der Arbeitslosen lag 1927 unter 5 %; Ende September 1929 gab es 1,4 Millionen Arbeitslose, im Februar 1930 waren es 3,5 Millionen, was auf jahreszeitliche Schwankungen zurückgeführt wurde. Als diese Zahl wider Erwarten im Frühjahr 1930 nicht zurückging, hofften Reichsregierung und die Reichsbank noch lange auf eine Selbstheilung der Wirtschaft, obwohl die Arbeitslosenzahl schon Ende des Jahres mit 5 Millionen Arbeitslosen im weltweiten Vergleich auf höchstem Niveau stand. Erst als sich der geringe Rückgang Mitte 1931 nicht fortsetzte, wurde man sich der extremen Entwicklung der Krise vollends bewusst. Zu dieser Zeit lief Brüning's Sparprogramm bereits auf vollen Touren. Die öffentlichen Gehälter wurden um 25 % vermindert und die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden stark gekürzt. Im Februar 1932 erreichte die Krise auf dem Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt: Es standen 6.120.000 Arbeitslosen, also 16,3 % der Gesamtbevölkerung, nur 12 Mio. Beschäftigte gegenüber. Zu den Arbeitslosen konnte man auch noch die große Masse der schlecht bezahlten Kurzarbeiter und Angestellten zählen, aber auch die kurz vor dem Ruin stehenden Kleinunternehmer.



Massenelend auf dem Höhepunkt der Krise: Speisesaal eines Obdachlosenasyls in Berlin-Prenzlauer Berg 1932

Die Auswirkungen in den USA waren besonders für die Bauern katastrophal. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte fielen von 1929 bis 1933 um fünfzig Prozent, wodurch zehntausende Bauern ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten und ihr Land verloren. In der gleichen Zeit stieg die landwirtschaftliche Produktion um sechs Prozent. Die Steigerung erklärt sich durch die Umstellung der Landwirtschaft auf Pachtverträge und mechanisierte Bearbeitung größerer Einheiten durch die neuen Investoren, später auch durch die künstliche Bewässerung durch den New Deal, wodurch die *Dust Bowl*, die sprichwörtliche Staubschüssel des Mittleren Westens, ihren Namen verlor. Die verzweifelte Landarbeiter flüchteten in den Westen, wo sie unter menschenunwürdigen Zuständen ein Auskommen suchten. Ein eindrucksvolles Dokument über die Agrarkrise in den USA ist der Roman *Früchte des Zorns* von John Steinbeck, der selbst einen solchen Flüchtlingszug begleitete.

Ganz anders die Situation in Japan. Die japanische Volkswirtschaft stieg von

1929 bis 1933 um sechs Prozent, obwohl auch Japan um 1930 eine ernste Rezession hatte, die aber rasch bewältigt wurde. Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen wie in den USA und Deutschland traten in Japan nicht ein.

Bankenkrise

Die deutsche Bankenkrise kennzeichnete den Beginn des zweiten Teils der Wirtschaftskrise, den Beginn der „Hyperdeflation“. Sie hatte zwei Ursachen. Durch gegenseitige Konkurrenz, durch feindliche Übernahmen kleinerer Banken und auf Grund spekulativer Wertpapier- und Warengeschäfte hatten die großen Banken 1925 wieder das Geschäftsvolumen von 1914 erlangt. Sie waren zwar auf Expansion ausgerichtet, aber durch niedere Eigenkapitalquoten und geringe liquide Mittel schlecht dafür gerüstet. Hätten sie ihr Eigenkapital mit geringeren Dividendenzahlungen aufgestockt und wären weitere Aktien herausgegeben worden, wäre die Differenz beider Größen zu der Summe der Kreditoren bei weitem nicht so groß geworden.



Massenandrang bei der Sparkasse nach Schließung der Banken, 13. Juli 1931

Hinzu kam die Instabilität des internationalen Kreditmarktes. Als wichtigstes Kennzeichen hierfür muss man den einseitigen Geld- und Kapitalstrom nennen. Von 1925 bis 1929 sind ausländische Kredite von insgesamt 21 Milliarden (RM) nach Deutschland geflossen, denen in gleichem Zeitraum nur 7,7 Milliarden RM deutsche Anlagen im Ausland gegenüberstanden. Ein Großteil der aufgenommenen Kredite war obendrein kurzfristiger Natur, das heißt, sie mussten binnen drei Monaten zurückgezahlt werden. Bis 1929 wurden sie aber regelmäßig verlängert; die Banken liehen diese kurzfristigen Gelder mitunter mit langen Laufzeiten aus. Somit war die Situation der Banken bereits vor der Weltwirtschaftskrise kritisch: Sollten die ausländischen Gläubiger ihr Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken verlieren und die kurzfristigen Kredite einmal nicht verlängern, drohte sofort ein empfindlicher Devisenmangel bis hin zur Illiquidität.

Im Ausland führte die Krise ebenfalls zur Verknappung der Liquidität der Banken. Im November 1930 gerieten die Banken in den USA und in Frankreich, wo sich die Wirtschaftskrise ansonsten noch gar nicht bemerkbar gemacht hatte, in eine Krise und zogen große Summen kurzfristiger Gelder aus Deutschland ab. Hier erfasste die Krise zunächst hauptsächlich kleinere Banken, so dass das Ausmaß zunächst nicht so transparent war.

Im Frühjahr 1931 geriet nun die Österreichische Creditanstalt in Schwierigkeiten, die sich bei der Übernahme der Bodenkreditanstalt

übernommen hatte. Zeitgenossen vermuteten, dahinter stünde die französische Regierung, die so den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion hätte torpedieren wollen. Obwohl solche Manipulationen tatsächlich in der französischen Regierung diskutiert wurden, konnte nicht nachgewiesen werden, dass sie für den Krach der Creditanstalt verantwortlich waren.

Man befürchtete nun, dass diese Entwicklung auf Deutschland übergreifen würde. In dieser gefährlichen Lage erklärte Reichskanzler Brüning selbst im Juni 1931 aus innenpolitischen Gründen - er hoffte nämlich auf die Unterstützung der Rechten und der Nationalsozialisten im Reichstag für ein neues Paket von Sparmaßnahmen - die Reparationen öffentlich für „unerträglich“. Das schien auf eine bevorstehende Zahlungsunfähigkeit des Reiches zu deuten und untergrub das Vertrauen der ausländischen Kreditgeber nachhaltig. Devisen im Wert von mehreren Milliarden RM wurden abgezogen, und nachdem im Juli 1931 eine der Berliner Großbanken illiquide geworden war, kam auch noch ein massenhafter Ansturm der Bevölkerung auf die Banken hinzu. Diese mussten am 13. Juli 1931 ihre Zahlungen einstellen. Die Kreditorenbeträge sanken im Juni/Juli um 21,4 %. Um die Bankenkrise zu überwinden, wurden die Banken für mehrere Tage geschlossen und der Kontrolle der Regierung unterstellt. Auch die Börse blieb monatelang geschlossen - Kredite und Neuinvestitionen waren so monatelang unmöglich.

Zudem war einen Monat zuvor das Hoover-Moratorium, das zur Wiederherstellung des Vertrauens alle politischen Schulden für ein Jahr stornierte, psychologisch verpufft, weil französische Vorbehalte wochenlange, schwierigste Verhandlungen nötig gemacht hatten. Da Reichsbankpräsident Hans Luther den Abfluss von Devisen ins Ausland mit allen Mitteln stoppen wollte, erhöhte er den Diskontsatz auf 15 % und bewirkte dadurch eine extreme inländische Kreditverteuerung und -verknappung. Der Banknotenumlauf betrug 1929 noch 5 Milliarden RM, aber durch Luthers Maßnahmen verringerte er sich um 30 % auf 3,5 Milliarden RM im Jahre 1932.

Außenhandel

Während des Ersten Weltkrieges und in den Nachkriegsjahren ging der Außenhandel erheblich zurück. Die Hyperinflation von 1923 hatte zwar den Wiederaufschwung der deutschen Industrie erleichtert, doch auch zu massiven Fehlinvestitionen geführt. Zwar erreichte die deutsche Industrieproduktion schon 1926 wieder ihren Vorkriegsstand, doch der Import überstieg bereits 1925 den Exportwert des Vorkriegsjahres: Deutschland hatte bis 1930 eine passive Handelsbilanz. Während der Weltwirtschaftskrise sanken die Importe.

Außenhandelsergebnisse und Goldbestände der Reichsbank 1928-1937^[2]

Jahr	Außenhandel insges. In Mill. RM	Ausfuhr in Mill. RM	Einfuhr in Mill. RM	Ausfuhr -Einfuhr =Überschuss in Mill. RM	Durchschnitt- liche Gold- und Devisen- bestände in Mill. RM
1928	26.277	12.276	14.001	-1.725	2.405,4
1929	26.930	13.483	13.447	+36	2.506,3
1930	22.429	12.036	10.393	+1.643	2.806,0
1931	16.326	9.599	6.727	+2.872	1.914,4
1932	10.406	5.739	4.667	+1.072	974,6
1933	9.075	4.871	4.204	+667	529,7
1934	8.618	4.167	4.451	-284	164,7
1935	8.429	4.270	4.159	+111	91,0
1936	8.986	4.768	4.218	+550	75,0
1937	11.379	5.911	5.468	+443	Rd. 70,0
1938	10.706	5.257	5.449	-192	
1939	10.860	5.653	5.207	+446	

Maßnahmen zur Überwindung und Auswirkungen in Deutschland

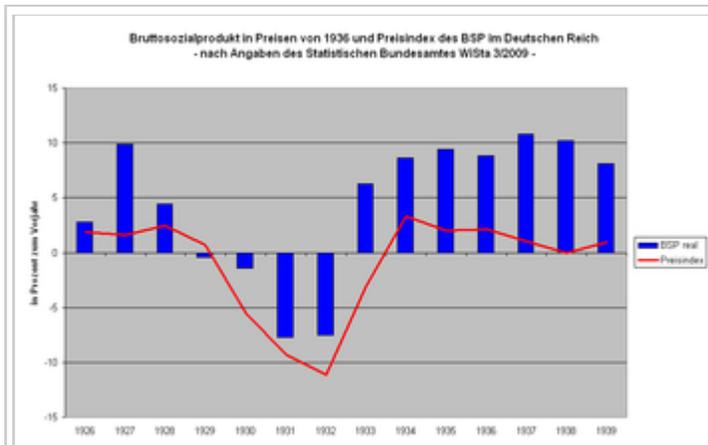
Die Krise schien die deutsche Wirtschaft zunächst nicht direkt zu beeinträchtigen, und die Auslandskredite der Länder ebenso wie die der Privatwirtschaft blieben vorerst im Land. Doch unmittelbar nach der Reichstagswahl 1930 wuchsen die Kreditabzüge in schwindelerregende Höhen. Dies beruhte hauptsächlich auf zwei Gründen, einem außen- und einem innenpolitischen.

Erstens wurde die NSDAP zweitstärkste Partei, und von dieser politischen Entwicklung war man im Ausland beunruhigt und wollte die Liquidität in den betreffenden Ländern erhöhen. Die Reichsregierung ihrerseits betrachtete die Wirtschaftskrise als ein Ungleichgewicht des Staatshaushaltes. Das Defizit betrug Ende 1929 1,5 Milliarden RM. Die Reichsbank schritt aber erst ein, als die Deckung der Gold- und Devisenreserven des Geldumlaufs durch den Transfer der gekündigten Auslandskredite unter die gesetzlich festgelegte 40-Prozent-Grenze fiel (siehe Golddevisenstandard), doch die Erhöhungen des Leitzinses verschärften die Krise noch.

Gleichfalls krisenverschärfend wirkten die Maßnahmen, die Reichskanzler Heinrich Brüning ergriff. Brüning hatte immer versucht, der Bevölkerung die Ursachen der Wirtschaftskrise und sein Konzept zur Abhilfe klarzumachen. Er erklärte, dass die getroffenen Regierungsentscheidungen zu einer Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft führen würden, aber nur, wenn die Bevölkerung die sich daraus ergebenden Härten mit Geduld ertrüge. Er hoffte, seine Deflationspolitik würde den Export wiederbeleben und so genügend Devisenreserven für die Reparationszahlungen erwirtschaften. Außerdem wollte er so mehr Arbeitsplätze in der Industrie schaffen. Mit Hilfe von Notverordnungen versuchte er die öffentlichen Ausgaben und vor allem den Staatsetat den sinkenden Preisen und fallenden Steuereinnahmen anzupassen - ein Rennen, das er nicht gewinnen konnte, weil seine Maßnahmen dazu beitrugen, dass Preise und Steuereinnahmen immer weiter sanken.

Auf Grund der im Rückblick offenkundigen Verfehltheit von Brünings Deflationspolitik vermutete die ältere Forschung, es sei sein primäres Ziel gewesen, durch absichtliche Verschärfung der Krise die Alliierten davon zu überzeugen, dass die Reparationsforderungen einfach nicht erfüllbar waren. Zudem würde die Einstellung der Zahlungen die radikalen politischen Kräfte schwächen. Weil er den Zusammenhang zwischen Reparationen und Deflationspolitik aber fast ausschließlich in öffentlichen Reden, nicht aber in internen Besprechungen äußerte, glauben neuere Forschungen dagegen, dass

er ehrlich davon überzeugt war, zu seiner Politik keine Alternative zu haben.



Preisbereinigtes Bruttosozialprodukt und Preisindex, 1926 bis 1939, Veränderungen zum Vorjahr, nach WiSta 3/2009 [1]

([http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen)

/Publikationen
/Querschnittsveroeffentlichungen
/WirtschaftStatistik

/VGR/RezessionBetrachtung,property=file.pdf

Brüning steckte in einer Zwickmühle: Er musste den Reparationsgläubigern Deutschlands ehrlichen Willen nachweisen, den Young-Plan zu erfüllen, machte sich aber eben dadurch für die politische Rechte angreifbar, auf deren innenpolitische Unterstützung er gleichwohl hoffte. So strebte er die Zollunion mit Österreich an, die aber, wie bereits erwähnt, wegen Frankreichs Widerstand den Zusammenbruch des Bankensystems einleitete.

Ob es realisierbare Alternativen zu Brüning's Deflationspolitik und zur sparsamen Haushaltsführung gab, die die Krise nur verschärften, ist in der historischen Forschung sehr umstritten. Denkbar wären a) eine

Abkopplung der Reichsmark vom Golddevisenstandard gewesen, b) eine Kreditausweitung oder c) eine Erhöhung der Geldmenge z.B. durch Notenbankkredite. Gegen alle drei Optionen habe es, wie der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt nachzuweisen versuchte, wichtige Argumente gegeben: Auf Grund der (zum Teil durch eigene Schuld verschlimmerten) Vertrauenskrise hätten der Reichsregierung keine Kreditmöglichkeiten offengestanden: die beinahe chronische Krise der Staatsfinanzen drohte wiederholt in eine akute Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand umzuschlagen, die unabsehbare soziale, politische und außenwirtschaftliche Folgen gehabt hätte; eine Abkehr vom Golddevisenstandard sei völkerrechtlich durch den Young-Plan ausgeschlossen gewesen und hätte die traumatischen Erinnerungen an die Inflation von 1923 wachgerufen. Dieselben Argumente hätten auch gegen einen Ausgleich des defizitären Haushalts mit Hilfe der Notenpresse gesprochen.

Tatsache ist, dass bei der Reichstagswahl Juli 1932 nur die NSDAP mit einem Programm massiver, reflationärer Kreditausweitung und Arbeitsbeschaffung auftrat und so ihren Stimmenanteil mit 37,3 % mehr als verdoppeln konnte. Das Zentrum, aber auch die gemäßigte Linke - letztere unter dem Einfluss von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali - blieben den Vorstellungen finanzieller und wirtschaftspolitischer Orthodoxie verhaftet und hatten so der

wirtschaftspolitischen Propaganda der extremen Rechten wenig entgegensetzen. Auch der um die Jahreswende 1931-32 erstellte expansive WTB-Plan (benannt nach Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade) konnte angesichts dieser internen Widerstände keine propagandistische Wirkung entfalten. Während Franklin D. Roosevelt in den USA mit seinem expansiven Programm des New Deal die Demokratie stabilisieren konnte, erzielte in Deutschland die rechtsextreme NSDAP bei diesen Wahlen ihren endgültigen Durchbruch.

Die Kreditausweitung, die unter Brüning's Nachfolgern eingeleitet wurde und die Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident von 1933 bis 1939, dann massiv betrieb, war jedenfalls nur durch die ganz erheblichen Verschleierungsmechanismen der Mefo-Wechsel möglich. Sie erschien in den ersten Jahren wirtschaftspolitisch erfolgreich,^[3] basierte aber im Wesentlichen auf der Rüstungskonjunktur der Vorbereitung eines großen, letztlich selbstzerstörerischen Eroberungskrieges.

Siehe auch

- Great Depression

Literatur

- Theo Balderston: *The Origins and Course of the German Economic Crisis November 1923 to May 1932*. Haude und Spener, Berlin 1993, ISBN 3-7759-0337-2
- Fritz Blaich: *Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise*. dtv, München 1990, ISBN 3-423-04515-9.
- Knut Borchardt: *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1982, ISBN 3-525-35708-7
- Karl Erich Born: *Die deutsche Bankenkrise. Finanzen und Politik*. Piper, München 1967
- Edward W. Bennett: *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*. Harvard University Press, Cambridge (MA) 1962
- Barry Eichengreen: *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939*. Oxford University Press, 1992, ISBN 0-19-510113-8
- Philipp Heyde: *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Young-Plan 1929-1932*. Schöningh, Paderborn [u.a.] 1998, ISBN 3-506-77507-3
- Carl-Ludwig Holtfrerich: *Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der*

- Weltwirtschaftskrise*. In: *Historische Zeitschrift*. 235, 1982, S. 605–631
- Harold James: *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise. 1924–1936*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1988, ISBN 3-421-06476-8
 - ders.: *Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise*. Piper, München/Zürich 2003, ISBN 3-492-04488-3
 - Charles P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise. 1929–1939*. dtv, München 1973, ISBN 3-423-04124-2
 - Rainer Meister: *Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932*. Transfer-Verlag, Regensburg 1991, ISBN 3-924956-74-X.
 - Albrecht Ritschl: *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*. Akademie-Verlag, Berlin 2002, ISBN 3-05-003650-8
 - Murray N. Rothbard: *America's Great Depression*. Princeton 1963, ISBN 0-945466-05-6

Filmische Erklärungsversuche

- *1929. 1. Teil Die Weltwirtschaftskrise, 2. Teil Die große Depression*. Dokumentarfilm, Frankreich 2009, gezeigt in ARTE am 28. Oktober 2009 von 21:00-21:50 und von 21:50-22:45. (Interviews mit Historikern, Wirtschaftswissenschaftler, Banker)

Weblinks

- *Die Weltwirtschaftskrise* (<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/industrie/wirtschaftskrise/index.html>) auf der Website des Deutschen Historischen Museums (mit Video; 1:29 min)
- *Aktien zu Altpapier* (http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1347/aktien_zu_altpapier.html) , Artikel von Michael Heim auf *einestages*, 18. März 2008

Fußnoten

1. Murray N. Rothbard: *America's Great Depression*. 1963.
2. Monatlicher Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den „Stand der wirtschaftlichen Lage. 1.2.1938“ BA-MA Wi I F 5/543. entnommen aus: Friedrich Forstmeier, Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Düsseldorf 1981, S. 85.
3. Norbert Räth: *Rezessionen in historischer Betrachtung*. In: *Wirtschaft und Statistik*. 3/2009, S. 203–208 (PDF; 171 KB (<http://www.destatis.de/jetspeed>

/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen
/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik
/VGR/RezessionBetrachtung,property=file.pdf)

Von „<http://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise>“

Kategorien: Wirtschaftskrise | Finanzkrise | Weimarer Republik |
Reichsfinanzwesen | 1930er

- Diese Seite wurde zuletzt am 12. Juli 2010 um 22:34 Uhr geändert.
- Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.
Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.
- Datenschutz
- Über Wikipedia
- Impressum

"Dein Präsident will, dass Du der Gewerkschaft beitreitest"

Michael Ferschke beleuchtet, wie Klassenkämpfe in den USA der 1930er Jahre Roosevelts „New Deal“ prägten.



Michael Ferschke hat Nordamerikastudien, Soziologie und Politik studiert. Er ist Teamer in der Kapital-Lesebewegung des Studierendenverbandes Die Linke.SDS. (Foto: privat)

„Change“ - „Veränderung“ war der zentrale Wahlkampfeslogan von Barack Obama. Die Hoffnungen sind groß, dass der neue amerikanische Präsident die tiefe Wirtschaftskrise lösen und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen wird. Viele Kommentatoren ziehen dabei die Parallele zu Franklin D. Roosevelt, der in den 1930er Jahren mit seinem Versprechen eines „New Deal“ zu einem der populärsten US-Präsidenten geworden war. Tatsächlich gilt Roosevelt heute als der Präsident, der die USA aus der Weltwirtschaftskrise geführt und das Fundament für einen modernen Sozialstaat gelegt habe. Jedoch folgte die Geschichte nicht einem vorgefertigten Plan Roosevelts, sondern wurde durch massive soziale Proteste und eine Neubelebung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung geprägt.

Der Begriff „New Deal“ bedeutet übersetzt „die Karten neu mischen“, steht also metaphorisch für Neuanfang. Die Hoffnungen auf einen solchen waren damals - angesichts der um sich greifenden Verelendung durch die Weltwirtschaftskrise - riesig. Nach dem Börsencrash 1929 wurde der Kapitalismus von seiner bisher schlimmsten Depression heimgesucht. Die US-Wirtschaft war ähnlich stark betroffen wie die deutsche. Von 1929 bis 1932 halbierte sich die Industrieproduktion und in einer Kettenreaktion gingen über 5000 Banken Pleite. Die Einkommen der Farmer schrumpften um 70 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg auf 25 Prozent und es gab keine sozialstaatlichen Maßnahmen, um das Elend abzufedern.

Menschen hungerten - doch gleichzeitig verrotteten Millionen Tonnen Nahrungsmittel, weil sie nicht gewinnbringend verkauft werden konnten. Die Kaufhäuser waren voller Kleidungsstücke - die Bedürftigen konnten sich diese aber nicht leisten. Häuser und Bauernhöfe standen leer, weil die ehemaligen Bewohner ihre Miete oder Pacht nicht mehr zahlen konnten. So trieb es immer mehr Menschen in die „Hooverilles“ - Elendsviertel der größeren Städte, benannt nach Präsident Herbert C. Hoover (1929-1933) - wo sie in schäbige Notunterkünfte aus Blech und Holz ziehen mussten. Hungerrevolten und Kämpfe gegen Entlassungen und Zwangsräumungen flammten allerorten auf und drohten, die herrschende Ordnung ins Wanken zu bringen.

Angesichts dieser verheerenden Krise griff nicht nur in der einfachen Bevölkerung der verzweifelte Wunsch nach radikaler Veränderung um sich, sondern auch bei Teilen des Kapitals und des politischen Establishments wurde der Ruf nach ungewöhnlichen Maßnahmen lauter. Die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen zogen dabei in verschiedene Richtungen. Vor diesem Hintergrund trat der Demokrat Roosevelt 1933 die Präsidentschaft an. Sein New Deal war das Produkt dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Ausgestaltung dieser Wirtschaftsreformen wurde begleitet und geprägt von heftigen Klassenkämpfen.

Sofortmaßnahmen

Häufig wird behauptet, dass Roosevelt von Beginn an ein Verfechter keynesianischer Wirtschaftspolitik gewesen sei; dass er angetreten sei, durch schuldenfinanzierte umfangreiche Staatsinterventionen die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Tatsächlich lehnten aber Roosevelt und die Demokratische Partei noch 1932 Haushaltsdefizite und staatliche Einmischungen ins Marktgeschehen ab. Im Wahlkampf warf Roosevelt seinem Widersacher, dem amtierenden

Präsidenten Hoover, vor, dass dessen defizitärer Haushalt mitverantwortlich für die wirtschaftlichen Probleme des Landes sei.

Einige weitsichtigere Vertreter des Kapitals, wie die Chefs von General Electric und von Standard Oil, drängten jedoch darauf, dass der Staat den exzessiven Verwerfungen des Marktes entgegen steuern müsse, um den vollständigen Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. Die Roosevelt-Regierung folgte diesem Ruf und erweiterte die Befugnisse der Bundesregierung gegenüber den Einzelstaaten und den Kommunen erheblich, um regulierend in den Markt einzugreifen. Die ersten Sofortmaßnahmen gegen die Krise betrafen die Banken und die Landwirtschaft.

Zur Zeit der Amtsübernahme Roosevelts war es so gut wie unmöglich, einen Scheck einzulösen, weil nahezu alle Banken zahlungsunfähig waren. Die damit verbundene Kreditklemme drohte, die ohnehin lahrende Investitionstätigkeit der Unternehmer völlig zum Erliegen zu bringen. Eine der ersten Maßnahmen nach Roosevelt Amtsantritt war die Verkündung von viertägigen „Bankferien“, um der panischen Stimmung Einhalt zu gebieten und den vollständigen Zusammenbruch des Bankwesens zu verhindern. Zur Stabilisierung stellte die Roosevelt-Regierung den Banken Kapital für Anleihen zur Verfügung und gab eine staatliche Garantie auf die Bankeinlagen. Zudem wurde jede fünfte landwirtschaftliche Hypothek vom Staat refinanziert.

Die Landwirtschaft gehörte zu den Wirtschaftszweigen, die am schwersten von der Krise betroffen waren. Die Preise für Agrarprodukte wie Mais, Weizen und Baumwolle hatten sich zwischen 1929 und 1932 mehr als halbiert. Die Regierung versuchte dem entgegen zu wirken, indem sie den Farmern Ausgleichszahlungen für den Abbau der Überkapazitäten anbot. Hauptsächlich profitierten Großbauern von diesen Zahlungen. 1933 wurden Farmer dafür bezahlt, große Teile ihrer Baumwollernte zu vernichten und sechs Millionen Schweine Not zu schlachten. Solche Maßnahmen erregten den Unmut in der Bevölkerung, angesichts tausender Menschen, die andernorts nahezu verhungerten.

Zur Bekämpfung der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit und zur Eindämmung der damit verbundenen sozialen Unruhen wurden öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme verabschiedet. Hunderttausende arbeitslose Jugendliche errichteten in Arbeitscamps mehrere tausend Naherholungs- und Naturparks. Insgesamt wurden im Winter 1933/34 vier Millionen „künstliche“ Arbeitsplätze auf Bundes-, Einzelstaats- und Kommunalebene geschaffen. In den Folgejahren wurden diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Bundesbehörde „Works Progress Administration“ für jährlich bis zu drei Millionen Menschen weitergeführt. Die Tätigkeiten reichten hier vom Laubharken im Park, über den Gebäude- und Straßenbau bis hin zum Verfassen von Reiseführern für jeden Bundesstaat - ein Projekt zur Beschäftigung arbeitsloser Schriftsteller.

Recht auf Organisierung

Im Zentrum des New Deal stand jedoch ein Programm zur Stabilisierung des industriellen Sektors. 1933 wurde eine staatliche Planungsbehörde geschaffen, die in Absprache mit den Unternehmern Rahmenbedingungen für Preise, Produktionsausstoß und Löhne entwickeln sollte, um so die zerstörerische Konkurrenz zu minimieren. Den Unternehmern wurden Preisabsprachen gestattet und im Gegenzug appellierte die Regierung an sie, Mindestlöhne zu zahlen und die Wochenarbeitszeit auf maximal 45 Stunden zu begrenzen. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Ereignisse war jedoch die scheinbar nebensächliche Klausel 7A der Richtlinien, die den Arbeitern das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und kollektive Tarifverhandlungen zusprach.

Die Klausel barg große Sprengkraft in sich - gerade angesichts der allgemeinen

Gewerkschaftsfeindlichkeit unter den Unternehmern. Viele Großbetriebe hatten bis dato verhindert, dass sich die Belegschaft gewerkschaftlich organisiert. Die neue Ausgangslage spornte die Arbeitskämpfe im ganzen Land an. Im Jahr 1934 traten insgesamt 1,5 Millionen Arbeiter in Streiks - vielerorts gegen Unternehmer, die sich weigerten, die Klausel umzusetzen. San Franzisko, Minneapolis und Toledo wurden durch Generalstreiks lahm gelegt. Die Arbeiter konnten sich dabei gegen die bezahlten Schläger der Unternehmer ebenso durchsetzen, wie gegen die bewaffnete Staatsgewalt. Obwohl beispielsweise in Minneapolis der Ausnahmezustand erklärt worden und die Nationalgarde einmarschiert war, erreichten die streikenden Transportarbeiter durch ihren hartnäckigen und gut organisierten Kampf die Anerkennung ihrer Gewerkschaft sowie bessere Arbeitsbedingungen.

Diese Entwicklung entsprach überhaupt nicht den ursprünglichen Vorstellungen der Herrschenden. Konservative und Unternehmer fingen nun an, das „unverantwortliche Haushaltsdefizit“ des New Deal zu beklagen und der Oberste Gerichtshof erklärte im Juni 1935 etliche von Roosevelts Maßnahmen für zu weitgehend - die Regierung sei nicht befugt durch nationale Gesetze in lokales Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Dieses Urteil zielte vor allem auf Roosevelts Richtlinien zur Konjunkturbelebung, die mit den Sozialstandards und der Klausel 7A die Arbeitskämpfe stimuliert hatten. Das Establishment hoffte, dass mit dieser Entscheidung das Rad wieder zurückgedreht werden könnte.

Linkswende

Die Welle der Klassenkämpfe war jedoch so stark, dass sie Roosevelt 1935 zu einigen weiteren Sozialreformen zwang. Erstmals wurde eine rudimentäre staatliche Sozialhilfe eingeführt, die Arbeitslosen, bedürftigen Alten und Arbeitsunfähigen Unterstützungsleistungen gewährte.

Der massive Druck von unten veranlasste die Regierung überdies - nach dem „Backlash“ durch den Obersten Gerichtshof - das Verhandlungsrecht der Gewerkschaften gesetzlich festzuschreiben. Roosevelt erließ im Juli 1935 ein Gesetz, welches die Unternehmer verpflichtete, die freie Gewerkschaftswahl ihrer Beschäftigten zu akzeptieren. Der Präsident war kein Sozialist. In seinen eigenen Worten verstand er sich als „Retter des Systems von privatem Profit und freiem Unternehmertum“. Roosevelt hoffte vielmehr, die spontanen Kämpfe einhegen zu können, wenn er die Gewerkschaften politisch integriere. Die damit verbundenen Konzessionen schienen ihm gegenüber der Unkontrollierbarkeit wilder Streikbewegungen als ein kleineres Übel.

Diese Rechnung ging nur zum Teil auf. Denn gleichzeitig gab es innerhalb der amerikanischen Arbeiterbewegung eine starke Dynamik zur gewerkschaftlichen Erneuerung. Der alte Gewerkschaftsdachverband American Federation of Labor (AFL) wurde hauptsächlich von Gewerkschaften getragen, die nur Facharbeiter organisierten. Deren Einfluss schwand ständig angesichts des immer größeren Gewichtes der Massenproduktion in Großbetrieben, und der damit verbundenen gemischten Belegschaften von ungelernten, angelernten und Facharbeitern. 1935 legten daher einige Nichtfacharbeitergewerkschaften das Fundament für einen neuen Gewerkschaftsverband - dem Congress of Industrial Organizations (CIO). Dieser setzte sich zum Ziel, die Arbeiter in den Fabriken auf Massenbasis zu organisieren - ungeachtet ihrer beruflichen Einstufung oder ihres Ausbildungsgrades.

Sitzstreik

Ermutigt durch die Gesetzgebung der Regierung fand in den Jahren 1935-1937 die erfolgreichste Organisierungskampagne in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung statt. Ein Slogan der CIO lautete: „Dein Präsident will, dass Du der Gewerkschaft beitreitest“. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg von zwei Millionen im Jahr 1933 auf sieben Millionen Ende 1937.

Bewährtes Kampfmittel in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern war der „Sitzstreik“. Diese Strategie entstand, als im Januar 1936 die Angestellten der Reifenhersteller Goodyear und Firestone in Akron, Ohio für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft kämpften. In der Fabrik saßen Arbeiter und verhinderten, dass die Produktion weiter betrieben werden konnte. Draußen standen massenhaft Streikposten, um Polizei und Streikbrecher am Eindringen in die Fabrik zu hindern. Diesem Beispiel folgten Arbeiter in anderen Unternehmen. So fanden 1936 vierzig weitere Sitzstreiks statt. Der größte begann im Dezember des Jahres bei General Motors in Flint, Michigan und zwang auch diesen Autoriesen zur Anerkennung der Gewerkschaft. Im Jahr 1937 folgten weitere 477 Sitzstreiks, die sich auf alle Branchen ausweiteten: Autobauer bei Chrysler, Verkäuferinnen bei Woolworth, Postboten, Beschäftigte in Restaurants und Hotels. Müllarbeiter, Glasbläser und andere beteiligten sich daran.

Ernüchterung

Die Dynamik der Klassenkämpfe schwächte sich nach ihrem Höhepunkt 1937 ab. Ein wesentlicher Grund dafür war die starke Hoffnung der neuen Bewegung auf die Unterstützung durch Roosevelt. Im Wahlkampf 1936 hatte der Präsident sich auf der Seite von „dem einen Drittel der Nation, das schlecht gekleidet und schlecht ernährt ist“ positioniert und sich explizit für die Rechte von Gewerkschaften ausgesprochen. Auf dieser Grundlage gewann er schließlich die Wahlen.

Roosevelt gefiel natürlich die Vorstellung, dass der CIO künftig für ihn Wahlkampf machen würde, aber er wollte deswegen nicht den Bruch mit dem Unternehmerlager riskieren. So ließen er und die Demokratische Partei die Gewerkschaft im Stich, als 1937 ein Konflikt in der Stahlindustrie eskalierte. Die Unternehmer hatten dort erbitterten Widerstand gegen die groß angelegte Organisierungskampagne des CIO geleistet: Sie setzten Streikbrecher und Schläger gegen die Gewerkschaft ein. Die Aktivisten hofften, dass die demokratischen Gouverneure und Bürgermeister sie gegen die Unternehmer unterstützen würden. Diese unterstützten aber stattdessen die Polizei und Nationalgarde, die die Streiks brutal niederschlugen. In Chicago wurden dabei 10 Streikaktivisten erschossen.

Diese Entwicklung versetzte der CIO-Kampagne einen herben Rückschlag und die im August 1937 erneut einbrechende tiefe Wirtschaftskrise (siehe Hintergrund) tat ihr übriges, um die Dynamik des gewerkschaftlichen Aufbruches zu schwächen.

Die Bewegung war dennoch stark genug, den Herrschenden weitere Zugeständnisse abzutrotzen: 1938 wurden per Gesetz die 40-Stunden-Woche, ein Verbot von Kinderarbeit sowie ein Mindestlohn eingeführt. Im politischen Establishment war jedoch zu diesem Zeitpunkt die Euphorie für Roosevelts Politik bereits verflogen. Im Kongress fand er für neue Regulierungsprogramme keine Mehrheiten mehr.

Mehr auf marx21.de

<http://marx21.de/content/view/700/>

11. März 2007, 07:49 Uhr

Wanderarbeiter in China**Knechte des Booms**Von *Kai Lange*

Wer zahlt den Preis für Chinas Wirtschaftswunder? Amnesty International hat den Alltag chinesischer Wanderarbeiter dokumentiert. Die Bilanz: 200 Millionen Menschen werden Tag für Tag betrogen und verheizt – und China riskiert seine Zukunft.

Hamburg - Als die 21-jährige Näherin Zhang zur Arbeit in der Textilfabrik nahe Peking erschien, wusste sie noch nicht, dass es ihr letzter Arbeitstag dort sein würde. Seit Monaten hatte das Management schon keine Löhne gezahlt. Zhang aber berichtet, sie sei nicht sonderlich nervös gewesen. Sie war erst einen Monat lang dabei.



REUTERS

Wanderarbeiterin in einem Zug in Heifei: "Es ist hart für uns. Aber wir hatten nicht angenommen, dass es für unsere Kinder genauso schwierig wird."

An diesem Tag kam es zum Streit: "Die Kollegen sagten dem Fabrikleiter, dass sie nicht mehr zur Arbeit kämen, wenn sie nicht endlich bezahlt würden", berichtet Zhang. Und weiter:

"Der Fabrikleiter sagte, wer gehen wolle, könne gehen. Doch wir hatten nicht einmal Geld für die Busfahrt nach Peking. Wir entschieden uns dennoch zu gehen: Da das Fabriktor normalerweise verschlossen war, musste einer von uns den Schlüssel stehlen. Wir gingen am Abend, als nur ein Wächter vor dem Tor stand, der uns nicht zurückhalten konnte. In diesem Moment spürten wir eine Ahnung von Zufriedenheit - es fühlte sich an wie ein Sieg, obwohl einige von uns um den Lohn von vier Monaten Arbeit geprellt worden waren. Ich hatte Glück, denn ich war nur um einen Monatslohn gebracht worden ..."

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International greift in einem neuen Bericht auf viele solcher Beispiele zurück, um die tägliche Diskriminierung der Wanderarbeiter zu illustrieren. Das kommunistische Regime in Peking toleriert Arbeitsbedingungen, die an die dunkelsten Stunden des Frühkapitalismus erinnern –

gleichzeitig betont Ministerpräsident Wen Jiabao während des Volkskongresses, dass soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in China "bewahrt" werden müssen.

"Kosten des Wirtschaftswunders"

Der Amnesty-Bericht "China: Die menschlichen Kosten des Wirtschaftswunders" unterstreicht jedoch: Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Die Zahl der Wanderarbeiter, die vom Land in Chinas boomende Städte sowie in die Küstenregionen ziehen, ist seit 1980 von zwei Millionen auf rund 200 Millionen gestiegen. Bis 2015 werden es wohl 300 Millionen Menschen sein. Beobachter sprechen von der "größten Migrationsbewegung in Friedenszeiten".

Das Heer der billigen Arbeitskräfte hat Chinas Aufschwung erst ermöglicht. Sie ziehen Chinas moderne Metropolen hoch und leisten Schichtarbeit in den Fabriken an der südchinesischen Küste. Obwohl sie die gefährlichsten und schwierigsten Arbeiten leisten, werden ihnen Grundrechte verwehrt, betont Amnesty: Viele von ihnen seien unterbezahlt und ohne Krankenversorgung, und ihre Kinder dürften nicht die staatlichen Schulen besuchen.

Ein Lohn von umgerechnet zwei bis drei Euro pro Tag reicht kaum zum Überleben. Einer offiziellen

Regierungsstatistik zufolge verdienten Wanderarbeiter im Perfluss-Delta bei Hongkong im Jahr 2005 durchschnittlich 60 bis 70 Euro pro Monat, wobei die Lebenshaltungskosten in dieser Region bei rund 80 Euro angesetzt waren. "Solch ein Einkommen reicht für vier Schüsseln gebratene Nudeln pro Tag", lautet das Fazit der Statistikbehörde.

In diesen Monatslohn sind alle Bonuszahlungen für Überstunden und Feiertagsarbeit einbezogen. Denn diese sind an der Tagesordnung: Wanderarbeiter arbeiten laut *China Labor Bulletin* in der Regel zwölf bis 14 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche, haben einen Tag pro Monat frei. Die 21-jährige Zhang, die innerhalb von vier Jahren in neun Fabriken gearbeitet hat, beschreibt ihren Arbeitsalltag so:

"Arbeitsbeginn war jeden Morgen um 7.30 Uhr, Schluss war frühestens um 23 Uhr. (...) Um 12 Uhr mittags gaben sie uns eine halbe Stunde Zeit zum Essen und zum Ausruhen, aber nach dem Essen sind alle wieder direkt an die Arbeit gegangen. Der beste Tag war Sonntag, da mussten wir nur bis 21.30 Uhr arbeiten. Wir waren an der Grenze unserer Kräfte. Einige wurden ohnmächtig vor Erschöpfung."

Auch Wang Yuangcheng, Mitglied des Nationalen Volkskongresses, sieht ein wachsendes Problem auf die Regierung in Peking zukommen. "Wanderarbeiter leben in provisorischen Unterkünften, können sich nur das billigste Essen leisten. Sie haben keinen Versicherungsschutz und bekommen erst mit Verspätung ihre Löhne. Von den Städtebewohnern werden sie als Bürger zweiter Klasse angesehen", sagt Wang.

Dennoch zögert das kommunistische Regime, das *Hukou*-System – eine der Grundlagen für die tägliche Diskriminierung von Millionen Menschen – grundlegend zu reformieren.

Ohne Meldepapiere keine Rechte

Chinas *Hukou*-System zwingt jeden Bürger, sich an seinem Wohnsitz registrieren zu lassen. Wer sich länger als drei Monate außerhalb des ihm zugewiesenen Wohnsitzes aufhält, muss eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis beantragen. Voraussetzungen dafür sind in der Regel ein Arbeitsvertrag, eine Arbeitserlaubnis vom Heimatstandort sowie ein polizeiliches Führungszeugnis - hinzu kommen Kosten für Ausstellungsgebühren und Schmiergelder. "Die Polizei gibt die Permits nicht so einfach heraus, man braucht gute Beziehungen (*Guanxi*)", zitiert der Bericht einen Wanderarbeiter in Peking.

Da die meisten der Wanderarbeiter weder alle nötigen Dokumente noch das Geld für solch einen "temporary permit" haben, bleiben sie ohne Papiere und damit illegal in den Städten. Sie sind in der Regel der Willkür ihres Arbeitgebers als "Sponsor" ausgeliefert, der um den unsicheren Status der Arbeiter weiß und ihnen meist auch keine Arbeitsverträge ausstellt - ein Teufelskreis.

Laut einer offiziellen Statistik des State Council Research Center hat jeder zweite Wanderarbeiter keinen Arbeitsvertrag - doch nach Schätzungen von Amnesty liegt die Dunkelziffer viel höher. Eine Untersuchung im Auftrag der Nationalen Volkspartei Ende 2005 ergab, dass weniger als 20 Prozent der chinesischen Unternehmen Arbeitsverträge nutzen. In Suizhou City bei Hubei überprüfte die Arbeitsbehörde insgesamt 134 Unternehmen: Nicht eines konnte Arbeitsverträge für seine Angestellten vorweisen.

Arbeitsvertrag? Wieso Arbeitsvertrag?

Als Gründungsmitglied der International Labour Organisation (ILO) wendet sich China offiziell gegen Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz. Die Praxis sieht anders aus: Aufgrund ihres unsicheren rechtlichen Status, ihrer Isolierung und ihrem Gefühl der sozialen Unterdrückung werden Wanderarbeiter ihrer Rechte beraubt. "Niemand hat hier einen Vertrag bekommen", wird eine Fabrikarbeiterin zitiert. "Niemand hat dies erwähnt, als wir hier anfangen zu arbeiten."

"Neue Gesetzentwürfe sind begrüßenswert, helfen den Betroffenen derzeit aber nicht", sagt Dirk Pleiter, China-Experte der deutschen AI-Sektion. Wirkungsvoller wäre, freie Gewerkschaften zuzulassen, die unabhängig vom staatlichen Gewerkschaftsverband als Ansprechpartner vor Ort agieren könnten.

"Wenn du zu erschöpft bist, um aufzustehen, kannst du einen Tag unentschuldigt fehlen. Aber das sollte man nur im äußersten Notfall machen, denn dann verlierst du deinen Anwesenheits- und Überstundenbonus für den gesamten Monat. Außerdem ziehen sie dir den Lohn für vier volle Tage ab, als Strafmaßnahme."

So schildert eine Fabrikarbeiterin aus Dongguan im *China Labour Bulletin* das System, mit dem Wanderarbeiter unter Druck gesetzt werden. Zwar können lokale Behörden in China einen Mindestlohn festsetzen, der auf den örtlichen Lebenshaltungskosten basiert. Durch den Zwang zu Überstunden, Geldbußen für Widerreden oder Nichterscheinen und durch das Zurückhalten von Löhnen haben manche Manager jedoch ein wirkungsvolles System etabliert, um die durchschnittlich gezahlten Löhne zu drücken.

Teil zwei: Da der Mann nicht versichert war, stellte ihn der Arzt vor die Wahl: Entweder 120 Dollar pro Tag für die Behandlung zu zahlen - oder sich das Bein amputieren zu lassen.

In manchen Fabriken werden Arbeiter nach produzierter Stückzahl bezahlt - die aber so hoch ist, dass sie auch mit Überstunden nicht erreichbar ist. Auf diese Weise sind Überstunden (*tuoban*) an der Tagesordnung und das Lohnniveau bleibt dennoch unter dem örtlichen Mindestlohn.

Um die Mitarbeiter an das Unternehmen zu fesseln, werden laut Amnesty die Löhne erst nach einer Frist von zwei bis drei Monaten ausgezahlt: Ohne Arbeitsvertrag haben die Betroffenen ohnehin keinen Hebel, um Löhne einzuklagen. Wer seinen Arbeitgeber wechseln will, riskiert drei Monatsgehälter: Da vor allem Subunternehmer gelegentlich über Nacht verschwinden, gehen Arbeiter häufig leer aus.

Das chinesische Bauministerium hat errechnet, dass bis Ende 2003 Löhne in Höhe von 22 Milliarden Dollar einbehalten oder nicht gezahlt wurden. Dass die Summe der ausstehenden Löhne in der Bauindustrie bis 2006 offiziell auf "nur noch" 1,2 Milliarden Dollar gesunken ist, wird von der politischen Führung bereits als Erfolg gefeiert. Ein besonders beliebtes Mittel der "Mitarbeiterbindung" ist, Arbeitern vor dem chinesischen Neujahrsfest die Löhne zurückzuhalten - auf diese Weise stellt man sicher, dass sie auch im neuen Jahr wieder am Band stehen.

"Es ist zu teuer, krank zu sein"

"Ich aß keine Krankenhausmahlzeiten, da ich fürchtete, sie seien zu teuer. Stattdessen brachte mir meine Cousine etwas zu essen. Nach einigen Tagen bekam ich keine Medikamente mehr, da niemand mehr dafür bezahlte."

Der Außenseiterstatus der Wanderarbeiter schließt sie auch aus dem Gesundheitssystem aus. Für sie ist es einfach "zu teuer, krank zu sein", so der Titel einer Untersuchung in Peking und Nanjing. Die meisten von ihnen sind nicht krankenversichert und begeben sich nur im äußersten Notfall ins Krankenhaus. "Die hohen Kosten für medizinische Versorgung und der fehlende Versicherungsschutz führen dazu, dass die meisten Wanderarbeiter entweder sich selbst behandeln oder versuchen, so lange wie möglich durchzuhalten", so das Ergebnis der Untersuchung.

Rund 90 Prozent der Wanderarbeiter sind nicht krankenversichert, ergab eine Dreijahresstudie in Shanghai. Zwei Drittel aller Frauen, die aufgrund von Komplikationen in der Schwangerschaft sterben, sind Wanderarbeiterinnen. Die Rate der Totgeburten ist bei ihnen doppelt so hoch wie unter den "Permanent Residents".

120 Dollar pro Tag oder Amputation

Entsprechend schlecht ist die Versorgung bei Arbeitsunfällen. Niemand fühlt sich für die Betroffenen zuständig. Der Amnesty-Bericht führt den Fall des Hilfsarbeiters Cha Guoqun an, der vom Land in die

Küstenstadt Hangzhou gezogen war, um dort in einer Fabrik zu arbeiten. Als eine Schnittwunde in seinem Bein sich entzündete, ging er ins Krankenhaus.

Da er nicht krankenversichert war, stellte ihn der Arzt vor die Wahl: Entweder 120 Dollar pro Tag für die Behandlung zu zahlen (was mehr als sein Monatslohn war), oder sich das Bein amputieren zu lassen. Cha hatte Glück: Eine christliche Hilfsorganisation finanzierte den Aufenthalt in einer anderen Klinik, die sein Bein rettete.

Fehlende medizinische Versorgung ist auch deshalb ein Risiko, weil die meisten Wanderarbeiter auf engstem Raum, in primitiven Schlafsälen auf dem Firmengelände oder in überfüllten Wohnungen außerhalb der Stadt leben. In Peking zum Beispiel diente das berühmte "Zhejiang Village" zeitweise als Unterkunft für 100.000 Wanderarbeiter, bevor die Gebäude 1996 wegen Baufälligkeit abgerissen wurden.

Während sich Städtebewohner als *Permanent Residents* staatliche Förderung sichern können, um Wohneigentum zu erwerben, bleibt den Wanderarbeitern diese Möglichkeit verwehrt - selbst dann, wenn sie als *Temporary Residents* ordentlich registriert sind. Selbst eine Aufenthaltserlaubnis hebt die Diskriminierung nach Herkunft nicht auf.

Die zurückgelassenen Kinder

"Es ist hart für uns. Aber wir hatten nicht angenommen, dass es für unsere Kinder genauso schwierig wird."

Mit diesen Worten reagierte ein chinesischer Wanderarbeiter in Peking darauf, dass die Schule für seine Kinder im Herbst 2006 kurzerhand von den Behörden geschlossen wurde. Die Serie von Schulschließungen in der Hauptstadt im vergangenen September verdeutlicht, dass China auch die Zukunft der bis zu 20 Millionen Kinder von Wanderarbeitern riskiert.

Da die meisten Wanderarbeiter nicht offiziell registriert sind und die Schulgebühren nicht zahlen können, ist ihren Kindern der Besuch einer staatlichen Schule in der Regel verwehrt. Es wird erwartet, dass die Kinder weiterhin in ihrem Heimatbezirk eine Schule besuchen, auch wenn die Eltern in die Stadt ziehen.

Oftmals greifen die Eltern zur Selbsthilfe und organisieren vor Ort private Schulen für ihre Kinder. Doch diese werden - wie jüngst in Peking - von lokalen Behörden wieder geschlossen, wenn sie bestimmte Auflagen (Sportplätze, Mindestgröße von Grünflächen) nicht erfüllen.

Recht auf Schulbildung verweigert

Die Verzweiflung der Betroffenen belegt Amnesty in dem Bericht auch mit Bildern aus der chinesischen Presse. Nachdem die Behörden eine Schule für Wanderarbeiter in der Hauptstadt geschlossen hatten, kletterten viele Kinder über das verriegelte Tor und trugen ein paar Stühle hinaus. Sie hofften, anderswo weiterlernen zu können.

"Die Kinder von Wanderarbeitern werden erniedrigt und wiederholt diskriminiert. Ihre Seelen werden verwundet und sie werden die Gesellschaft, in der sie aufwachsen, hassen", warnt Parlamentarier Wang. "Sie werden eine Bedrohung für unsere Gesellschaft."

Offiziell garantiert Chinas Verfassung jedem Bürger das Recht auf eine neunjährige Schulbildung. In der Praxis wird aber Millionen von Kindern dieses Recht verwehrt. Dies dürfte auch für die gesamte Volkswirtschaft, die zunehmend auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist, zu einem Problem werden.

"Wir sehen die Kinder ein- oder zweimal im Jahr"

Viele Wanderarbeiter lassen aufgrund der Repressionen in den Städten ihre Kinder in der ländlichen Heimat zurück und geben sie in die Obhut von Verwandten. Eine Studie der Pekinger Renmin-

Universität ergab, dass rund 23 Millionen Kinder in Chinas ländlichen Gebieten ohne ihre Eltern aufwachsen.

80 Prozent der Mütter, die sich als Wanderarbeiterinnen durchschlagen, sehen ihre Kinder nur ein- oder zweimal im Jahr, so ein weiteres Ergebnis der Studie. 12 Prozent gaben an, ihre Kinder "alle ein bis zwei Jahre" zu sehen. Die Folgen für die geistige und seelische Entwicklung der Kinder sind laut Amnesty-Bericht dramatisch: Die Vorschläge der Regierung, mehr Internate zu errichten oder Eltern und Kindern Zugang zu Videokonferenzen zu ermöglichen, werden den Verlust der Familie nicht kompensieren.

Viele Eltern können selbst zum Neujahrsfest nicht zu ihren Kindern zurückkehren, da ihre Arbeitgeber über den Jahreswechsel den Lohn einbehalten. So haben sie nicht einmal Geld für die Zugfahrt nach Hause.

Die Forderungen von Amnesty International

Nach Einschätzung von Amnesty International schafft das *Hukou*-System zur Haushaltsregistrierung und Wohnsitzkontrolle noch immer die Voraussetzung dafür, dass Wanderarbeiter und ihre Kinder in vielfacher Weise diskriminiert werden. Es muss reformiert werden.

Zwar wurde in den neunziger Jahren die Unterscheidung zwischen Stadt- und Land-Hukou offiziell abgeschafft. Da es jedoch noch immer die Unterscheidung zwischen *Permanent* und *Temporary Residents* gibt, lebt die Zweiklassengesellschaft weiter. Wanderarbeiter dürften zudem nicht aufgrund ihres *Hukou*-Status vom Gesundheits- und Bildungssystem ausgeschlossen werden. Sie müssen Zugang zum Gesundheitswesen und zu Schulen bekommen. Schulgebühren, die als Mittel der Diskriminierung der Zugezogenen dienen, müssen abgeschafft werden.

Amnesty International fordert die Regierung auf, die Menschenrechte zu achten, indem sie internationale Mindeststandards am Arbeitsplatz durchsetzt: Dazu gehören eine faire Bezahlung, sichere Arbeitsbedingungen, Erholungs- und Urlaubszeiten. Die wachsende und prosperierende Volkswirtschaft müsse seine Bemühungen verstärken, um diese Ziele zu erreichen.

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,470890,00.html>

FORUM:

Wie umgehen mit China?

<http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=790&goto=newpost>

© SPIEGEL ONLINE 2007

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH